Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Preis S 5,-
P.b.b.

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

27.April 1978
3.Jg.Nr.9

Am 1.Mai für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes! Am 1.Mai für den Sieg des Sozialismus!

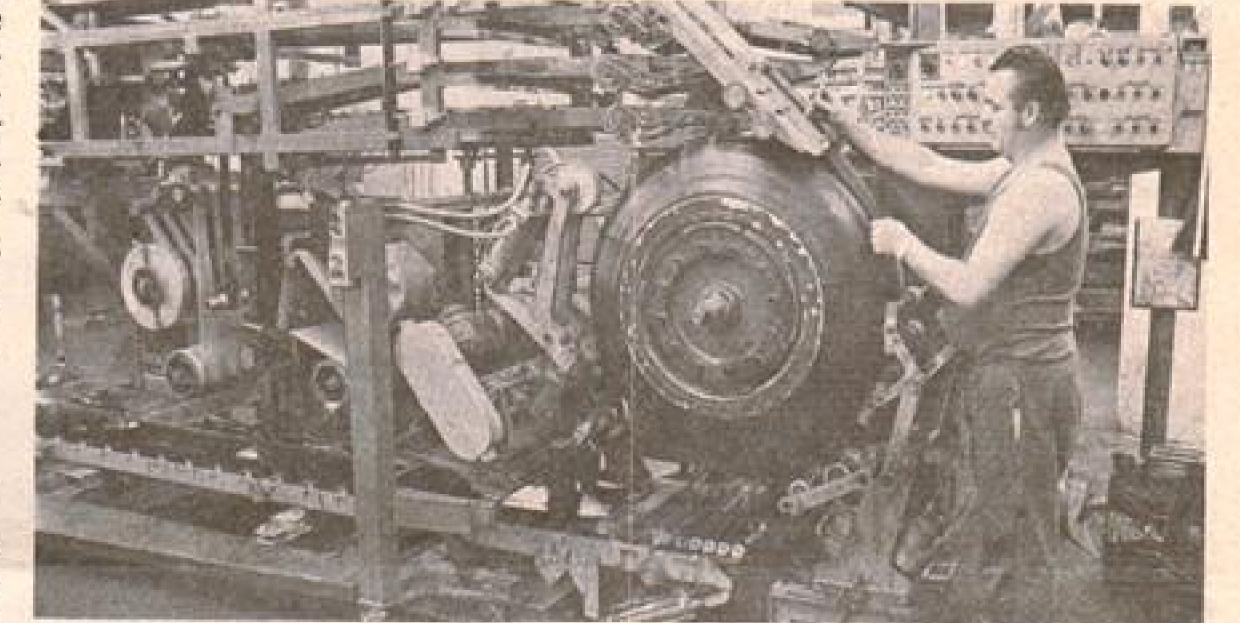
Der 1. Mai fällt heuer mitten in die Zeit großer Lohnauseinandersetzungen. Bisher nicht dagewesene Lohnraubabschlüsse sind bei den Kollektivvertragsverhandlungen geplant, aber schon lange nicht hat sich andererseits der Protest und Widerstand gegen den Lohnabbau, die steigende Arbeitshetze und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen so kräftig entwikkelt wie in den letzten Wochen.

Der 1. Mai fällt heuer auch in eine Zei der Verschärfung des Kampfes gegen die imperialistische Energiepolitik der Bourgeoisie und insbesondere gegen ihr AKW-Programm. In dieser Frage entwikkelt sich die gegenwärtig größte politische Massenbewegung in Österreich. Mit allen Mitteln versucht der Staat der herrschenden Klasse, das erste österreichische AKW jetzt endlich in Betrieb zu nehmen, während andererseits die aktive organisierte Bewegung und der Volkswiderstand dagegen gerade jetzt zu bedeutenden Fortschritten angesetzt hat und durchaus imstande ist, einen zügigen Aufschwung zu nehmen und die Pläne der Regierung zu durchkreuzen.

Selbst wenn man aus der Gesamtheit des Klassenkampfs nur den Kampf um den Lohn und den Kampf gegen das AKW-Programm des Staates ins Auge faßt, zeigt sich klar und deutlich, was die Grundlage dieser, so wie aller wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Massen ist. Es ist der Klassengegensatz, der unversöhnliche Kampf zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse, zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern. Und es ist der unversöhnliche Kampf zwischen dem Staat, dem politischen Repräsentanten der Kapitalistenklasse, und den breitesten Massen des Volks, die ausgebeutet, ausgeplündert, und politisch niedergedrückt und entrechtet werden. Klassen, Klassengegensätze und Klassenkampf bestimmen das Bild unserer Gesellschaft.

In diesen Klassenkämpfen haben die Arbeiterklasse und das Volk nicht nur die Kapitalistenklasse selbst und ihren Staat gegen sich, sondern auch die sozialdemokratischen Reformisten und die KPÖ-Revisionisten, die als Agenten der herrschenden Klasse in den Reihen der Arbeiter selbst wirken. Die Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache: In allen Kämpfen sind die Arbeiterklasse und das Volk damit konfrontiert,

Fortsetzung Seite 3



Seit 17.April streiken die 450 Arbeiter der Reifenwicklerei bei Semperit in Traiskirchen. Das Bild zeigt einen Wickler bei der Arbeit an einer neuen LKW-Bombiermaschine. Auf Seite 5 bringen wir ein Interview mit einem Arbeiter, der am Streik teilnimmt.

Die geplanten Lohnraubabschlüsse mit 4 oder 5% können durchkreuzt werden

Am letzten Freitag hat eine weitere Runde der Kollektivvertragsverhandlungen der Chemiearbeiter stattgefunden. Bekanntlich war die Gewerkschaftsführung mit 7,8% in die Verhandlungen gegangen, nicht ohne von Anfang an ihre Bereitschaft durchblikken zu lassen, bis auf 5% oder knapp darüber hinunterzugehen. An dieser Forderung war von vornherein bemerkenswert, daß sie unter dem vorjährigen Abschluß (8%) liegt und nicht einmal den geringfügigsten Mindestbetrag enthält, um die Löhne der schlechter verdienenden Kollegen zumindest bis zu einem gewissen Grad zu sichern. Im Vorjahr war demgegenüber mit einem Mindestbetrag von S 540,- abgeschlossen worden. Am Vergleich mit dem Vorjahr ist zu ermessen, wie wenig die diesjährige Forderung geeignet ist, den Reallohn zu verteidigen. Auch im Vorjahr war der vergleichsweise bessere Abschluß nur zustandegekommen, weil die Kapitalisten – und übrigens auch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen – nicht wieder Kampfaktionen haben wollten, wie es sie 1976 bei Semperit gegeben hatte.

Aber was ist die Forderung gegen das Angebot, das die Kapitalisten jetzt offiziell unterbreitet haben! Sie „bieten" eine Lohnerhöhung zwischen 3,4 und 4,5%, je nach Lohngruppe. Außerdem

Fortsetzung Seite 8

10 Jahre sowjetische Besatzung der CSSR – Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat

„Sowjetische Militäreinheiten haben gemeinsam mit Militäreinheiten der genannten verbündeten Länder (DDR, Polen, Bulgarien, Ungarn) am 21. August 1968 das Territorium der Tschechoslowakei betreten. **Sie werden sofort aus der CSSR herausgeführt**, sobald die Gefahr für die Errungenschaften des Sozialismus in der Tschechoslowakei, die Gefahr für die Sicherheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft beseitigt ist, sobald die rechtmäßige Staatsmacht die Meinung vertritt, daß für einen weiteren Aufenthalt dieser militärischen Einheiten in der CSSR keine Notwendigkeit mehr besteht."

Diese Erklärung veröffentlichte die Nachrichtenagentur TASS der sowjetischen Regierung am 21. August 1968, am gleichen Tag, an dem ihre Panzer die staatliche Souveränität der CSSR niederwalzten, an dem die „rechtmäßige Staatsmacht" der CSSR in die Sowjetunion verschleppt wurde, an dem die 650.000 Mann starken Besatzertruppen der Sowjetunion und ihrer Vasallen im Namen des „Sozialismus" den spontanen Widerstand der Arbeiter- und Volksmassen in der CSSR niederzuschlagen begannen.

Heute, 10 Jahre danach, stehen noch immer über 70 000 Mann Besatzertruppen in der CSSR. Heute, 10 Jahre danach, ist noch offensichtlicher geworden, was sich unter der Fahne des „Sozialismus" und der „brüderlich internationalistischen Hilfeleistung" verbarg: nichts anderes als der nach der Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion aufstrebende russische Sozialimperialismus, Sozialkolonialismus und Sozialfa-

Fortsetzung Seite 8

Aufmärsche und Veranstaltungen des KB zum 1.Mai

Ortsaufbaugruppe Klagenfurt/Celovec:
Festveranstaltung: 27.4.1978, 19.30 Uhr, Arbeiterkammer Klagenfurt
Slavnostna prireditev: 27.4.1978, 19.30 uri, Delavska zbornica Celovec
1.Mai-Aufmarsch: Treffpunkt: Neuer Platz, 10 Uhr.
1. Majska povorka: Zbirališče, Neuer Platz, 10 uri.

Ortsgruppe Salzburg:
Festveranstaltung: 28.4.78, 19 Uhr. Braugasthof Alter Stern, Steinbruchstraße 1 (hinter dem Neutor)
1. Mai-Aufmarsch: Treffpunkt: Lehener Stadion, 10 Uhr

Sympathisantengruppe Knittelfeld:
Festveranstaltung: 28.4.1978, 19.30 Uhr, Gasthaus Sandwirt

Ortsgruppe Linz:
Festveranstaltung 29.4.1978, 19 Uhr, Gasthaus Lindbauer. Linke Brückenstr
1. Mai-Aufmarsch: Treffpunkt ÖBB-Hauptwerkstätte, 10 Uhr, Abmarsch 11 Uhr über die Landstraße. Abschlußkundgebung am Hauptplatz, 11.30 Uhr
Sportfest: Sonntag, 30.4.1978, 14 – 18 Uhr, Donaulände: Eisenbahnbrücke

Ortsgruppe Graz:
Festveranstaltung: 30.4.78, 19 Uhr 30, Gasthaus Herbst, Lagergasse 12
1. Mai-Aufmarsch: Treffpunkt: Am Eisernen Tor, 11 Uhr über Ring, Wielandgasse, Neuholdaugasse, Schlußkundgebung Neuholdaugasse 80, 12 Uhr.

Ortsgruppe Innsbruck:
Festveranstaltung: 30.4.1978, 19.30 Uhr, Kleiner Stadtsaal
1.Mai-Aufmarsch: Treffpunkt Gumppstraße (beim ehem Laurinkino) 10 Uhr

Ortsgruppe Wien:
Festveranstaltung: 30.4.1978, 18 Uhr, Gewerkschaftshaus, Wien IV., Treitlstr.3
1. Mai-Aufmarsch: Treffpunkt Goethe-Denkmal, 11 Uhr.
Maifeier: 1. Mai, ab 14 Uhr, Gaststätte „Die Zukunft", Kleingartenanlage „Die Zukunft", Auf der Schmelz, Wien 15.,

Gedenkfeier in Wien für 13 von den Nazis hingerichtete Kärntner Slowenen

„Der Tag ist nicht mehr fern, an dem der Tyrann für immer verjagt sein wird."

So lautet eine Zeile aus dem Partisanenlied, das das Oktett der Kärntner Partisanen an der ehemaligen Hinrichtungsstätte im Wiener Landesgericht gesungen hat. Hier wurden am 29. April 1943 13 Kärntner Slowenen aus Zell/Sele und Eisenkappel/Železna Kapla von den Nationalsozialisten hingerichtet. Sie waren vom „Volksgerichtshof" unter dem Vorsitz des Kriegsverbrechers Freisler zum Tode verurteilt worden. Sie hatten den bewaffneten antifaschistischen Kämpfern Unterstützung gewährt, Partisanen mit Nahrung und Kleidung versorgt; sie waren außerdem noch für schuldig gesprochen worden, ihre eigene slowenische Nationalität auf diese und auf andere Weise verteidigt zu haben.

Am 22.4.1978, 35 Jahre danach, versammelten sich einige hundert Menschen aus Kärnten und auch aus Wien zu einer Gedenkfeier im Wiener Landesgericht an der Hinrichtungsstätte. Aus Zell/Sele und Eisenkappel/Železna Kapla waren die Verwandten der Hingerichteten gekommen — unter ihnen Angeklagte der gegenwärtigen Prozesse gegen slowenische Aktivisten.

Die beiden Vorsitzenden der slowenischen Zentralorganisationen, die die Gedenkfeier organisiert hatten, ergriffen das Wort und riefen alle Menschen in Österreich auf, vom Vermächtnis der ermordeten Kämpfer zu lernen und den Kampf um Demokratie und nationale Gleichberechtigung konsequent zu Ende zu führen. Sie wiesen darauf hin, daß bis heute wichtige Ziele des Kampfes der damals Gefallenen und Ermordeten nicht erreicht sind.

Sie zeigten, daß angesichts der Politik, die die Republik Österreich seit ihrer Wiedergründung 1945 gegenüber den nationalen Minderheiten verfolgt hat, das letzte Wort eines der Hingerichteten nach wie vor gültig sei: „Man mordet uns, weil wir nicht von selbst sterben wollen. Laßt Euch, die Ihr am Leben bleibt, die Sprache und Kultur nicht nehmen." (Georg Pasterk)

An den bei der Feier anwesenden Bundespräsidenten gewandt, forderten die Vorsitzenden der slowenischen Organisationen die unverzügliche Einstellung aller gegen slowenische Aktivisten eingeleiteten Verfahren und Prozesse — die für nichts anderes kämpften, als das, wofür ihre Väter und Vorväter gekämpft hatten und gestorben waren.

Der Bundespräsident, dessen Anwesenheit die Bedrängnis zum Ausdruck bringt, in der sich der imperialistische Staat auf Grund der anhaltenden Volksbewegung für die Minderheitenrechte befindet, ging in keiner Weise positiv auf die Reden der beiden Vorsitzenden ein. Er erklärte jedoch, daß die damals Gemordeten im ehrenvollen Gedenken des österreichischen Volkes stehen. Den heftigen Applaus, den diese Erklärung auslöste, kann man nur verstehen, wenn man weiß, daß die Kärntner bürgerliche Presse, die Schulbücher und oft genug auch Staatsbeamte, über die slowenischen Kämpfer ganz im Stile und Inhalt des Gerichtsurteils von 1943 sprechen. (Volkszeitung (ÖVP-Kärnten): „Kirchschläger rühmt Tito-Partisanen")

Dr. Grilc, der Vorsitzende des Rates der Kärntner Slowenen aber hatte dem Bundespräsidenten schon von vornherein geantwortet, als er sagte, daß er sicher sei, „daß letztlich jene Kräfte die Oberhand haben werden, die sich des Umstandes bewußt sind, daß man das Demokratieverständnis der Gesellschaft auch daran mißt, inwieweit sie bereit ist, auch Minderheiten gleichberechtigt in ihr aufzunehmen."

70-Jahrfeier des Slowenischen Kulturverbandes

Am 16. April feierte der slowenische Kulturverband in Kärnten den 70. Jahrestag seiner Gründung im Jahre 1908.

Das Klagenfurter Stadttheater war übervoll und bot doch nicht allen, die gekommen waren, um diesen Tag feierlich zu begehen, Platz. Die Kulturgruppen kamen aus allen drei Tälern Südkärntens. Mehr als 500 — ausschließlich nebenberuflich tätige — Arbeiter, Bauern, Schüler und Kinder gaben ein eindrucksvolles Bild der Kulturarbeit der Kärntner Slowenen.

Die über 40 Chöre und anderen Kulturgruppen boten ein vielfältiges Programm von Volksliedern, eigens für den Anlaß gedichteten Kunstwerken, Volkstänzen und Partisanenliedern und Gedichten. Neben den 40 aus Kärnten selbst stammenden Kulturgruppen traten slowenische Studenten aus Wien, Salzburg und Graz und die Gruppe „Prežihov Voranc", bei der Mitglieder des KB mitwirkten, auf. Die Arbeit des slowenischen Kulturverbandes würdigte Dr. Zwitter in seiner Rede auf der Festveranstaltung: „Die Hauptbedeutung der Arbeit des slowenischen Kulturverbandes.... war ohne Zweifel und ist bis heute der national weckende und der national verteidigende Charakter. Denn allzuoft mußte der Kulturverband jenes ersetzen, aber auf jeden Fall ergänzen: die mehr als bescheidene Vorschulerziehung und noch ganz besonders die Schulbildung in der Muttersprache."

Und ganz in diesem Sinne führte Dr. Zwitter zu den gegenwärtigen 40 Prozessen gegen slowenische Aktivisten aus:

„Seien wir uns bewußt, daß es sich bei den Taten, wegen welcher jene Prozesse ausgelöst wurden, um ausgesprochen politische Handlungen und keineswegs um kriminelle geht, wie man es gerne darstellen würde. Es geht also um einen ausgesprochen kulturellen Kampf, es geht um ausgesprochene Menschenrechte unseres Volkes, die ihm im internationalen Dokument garantiert sind. Deshalb appellieren wir von diesem Ort, von dieser Kulturmanifestation an den Bundespräsidenten und an die maßgebenden Kräfte, daß sie alle Strafverfahren gegen unsere Aktivisten einstellen; denn, wie Ivan Cankar sagt, der Kampf für die Befreiung des Volkes ist ein kultureller Kampf und wer diesen Kampf verleumdet, wer ihm unsaubere Ziele unterstellt, ist ein Feind des Volkes, ist ein Feind der Kultur."



Im Bild ein Kinderchor aus St. Kanzian/Škocijan, der ein Partisanenlied singt.

Die herrschende Klasse in Österreich weiß dies, sie fühlt sich zu Recht betroffen, wenn in den Liedern der Kärntner Slowenen von Unterdrückung und Ausbeutung, von Elend und Not die Rede ist, und deshalb ist sie trotz aller Sonntagsreden ein Feind dieser Volkskultur und hat dies auch gerade in diesen Tagen zum Ausdruck gebracht. Vergeblich waren die Versuche hoher Beamter, das Klagenfurter Stadttheater überhaupt für die Veranstaltung zu verweigern, wenigstens schwieg man die Veranstaltung tot und ließ den Kulturverband mehr für die Saalmiete zahlen, als wahrscheinlich alle örtlichen Kulturvereine der slowenischen Volksgruppen zusammen an staatlicher Unterstützung in einem Jahr erhalten.

Viele Menschen kamen zur Veranstaltung nach Klagenfurt/Celovec extra angereist und berichteten ihren Freunden über die Veranstaltung. Dies ist nur Ausdruck des steigenden Interesses vieler österreichischen Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten an der slowenischen Kultur, die diese nicht fürchten, wie die Bourgeoisie, sondern, falls sie mit ihr vertraut gemacht werden, sie als eine Bereicherung ihres eigenen Lebens und ihrer eigenen Kultur empfinden.

Am 1. Mai im Fernsehen
21.20 Uhr, FS 2

„Die Pariser Commune"

Auszug aus der Proletenpassion gespielt und gesungen von den

Schmetterlingen

„... Als Vorkämpfer der sozialen Revolution gewann die Kommune Sympathien überall dort, wo das Proletariat leidet und kämpft. Das Bild ihres Lebens und Sterbens, der Anblick einer Arbeiterregierung, die von einer Metropole der Welt Besitz ergriffen und sie länger als zwei Monate in Händen gehalten hatte — das alles hob den Mut von Millionen Arbeitern und wandte ihre Sympathien dem Sozialismus zu." (Lenin, 1911)

„... Es gibt Augenblicke, wo die Interessen des Proletariats eine rücksichtslose Vernichtung der Feinde in offener Schlacht erfordern. Das hat das französische Proletariat in der Kommune zum ersten Mal gezeigt, und das russische Proletariat hat es im Dezemberaufstand (1905) glänzend bestätigt." (Lenin, 1908)

1000 Abonennten für „China im Aufbau"

China im Aufbau — Die Verbindung von chinesischer mit westlicher Medizin

„China im Aufbau" ist eine illustrierte Zeitschrift über den Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik China. Sie hat die Aufgabe, „das Verständnis und die Freundschaft zwischen dem chinesischen Volk und den Völkern der ganzen Welt zu fördern", wie es im Vorwort zur ersten Nummer heißt. Sie erscheint vorerst zweimonatlich. Der KB Österreichs hat sich zum Ziel gesteckt, 1.000 Abonnenten für "China im Aufbau" zu werben, weil sie ein ausgezeichnetes Mittel ist, die Fortführung der Revolution und den Aufbau des Sozialismus zu propagieren.

„China im Aufbau"-Abonnements am 25. April

Wien	174
Linz	93
Salzburg	45
Innsbruck	59
Graz	88
Klagenfurt/Celovec	31
Knittelfeld	5
Sonstige	34
Gesamt	**529**

Der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (Dokumente)
264 Seiten Preis S 8,40

Dokumente des V. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China in Peking-Rundschau Nr. 10 und 11, Einzelpreis S 2,50, Jahresabonnement S 75,-.

Zu beziehen über:
Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien

'Kampflied von Datjing'

Ein Dokumentarfilm aus der VR China (in deutscher Sprache)

Der Film zeigt die große Schlacht um die Erschließung des Erdölfeldes Datjing Anfang der 60er-Jahre bis zum Beginn der Kulturrevolution 1966.

Datjing ist für das ganze chinesische Volk ein großes Vorbild beim Anpacken der Revolution und Fördern der Produktion. Es ist ein Industriegebiet neuen, sozialistischen Typs mit der Verbindung von Industrie und Landwirtschaft, Stadt und Dorf, wo die Diktatur des Proletariats bis in die Grundeinheiten durchgesetzt ist und neue, revolutionäre Beziehungen zwischen den Menschen entstanden sind.

In der nächsten Zeit wird der Film noch gezeigt in:

27.April	Universität Graz, 20h HS A
28.April	Villach
1.Mai	Kapfenberg
3.Mai	Leibnitz
5.Mai	Bregenz

Die Spendensammlung des KB dient dem Ziel:

Der „Klassenkampf" muß Wochenzeitung werden!

Der Kommunistische Bund Österreichs hat sich zum Ziel gesetzt, bis Jahresende 1 Million Schilling für den Parteiaufbau zu sammeln. Der Parteiaufbau ist eine sehr konkrete Aufgabe und auch die Zwecke der Spendensammlung sind sehr konkret. In der Hauptsache geht es bei der Spendensammlung darum, die notwendigen Mittel (etwa 700.000 Schilling) für ein leistungsfähiges Fotosatzsystem aufzubringen. Das gehört zu den materiellen Voraussetzungen für die geplante Umstellung des „Klassenkampf" vom heutigen 14-tägigen Erscheinungsrythmus auf wöchentliches Erscheinen.

Die Umwandlung des „Klassenkampf" in eine Wochenzeitung ist ein dringliches Erfordernis im Kampf um den Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse. Der „Klassenkampf" ist kein Selbstzweck und auch kein Mitteilungsblatt an die Mitglieder und engsten Sympathisierenden. Er ist eine Massenzeitung in dem Sinn, daß er sich an die Massen wendet, daß er jedem Leser ermöglichen soll, unter den Massen zu allen wichtigen Fragen des Klassenkampfs den Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse wissenschaftlich zu vertreten, für die notwendigen Schritte im Klassenkampf zu agitieren und sie zu organisieren.

Jede Nummer des „Klassenkampf" soll nicht nur den Leser selbst überzeugen und ihm eine Orientierung im Klassenkampf geben, sondern ihm zugleich auch einen Plan für seine politische Tätigkeit am Arbeitsplatz, in seiner Gewerkschaftsorganisation, in seiner Stadt oder seinem Dorf vorschlagen, ihm zeigen, wie er selbst einen Beitrag zum Vorankommen im Klassenkampf und im Aufbau der Partei leisten kann.

Für diese Aufgaben wäre es schon lange notwendig, den „Klassenkampf" wöchentlich in der Hand zu haben. Die rasche Entwicklung des internationalen und nationalen Klassenkampfs fordert immer raschere, umfassendere und wissenschaftlich begründete Orientierung im Klassenkampf. Der 14-tägige „Klassenkampf" ist dafür zu schwerfällig und für die notwendigen und vorhandenen Enthüllungen über die Lebensverhältnisse und Kämpfe der Arbeiter und Volksmassen immer wieder zu eng. Er hinkt bereits nicht nur hinter den Erfordernissen des Klassenkampfs her, sondern auch hinter der bereits entwickelten Fähigkeit unserer Organisation, den Klassenkampf zu analysieren, in immer mehr Fragen des Klassenkampfs aktiv in ihn einzugreifen, ihn zu organisieren und ihm Ziel und Richtung zu geben. Weitere Fortschritte im Parteiaufbau sind an die Überwindung dieser Schranke geknüpft, so wie die Überwindung dieser Schranke selbst bereits einen großen Fortschritt im Parteiaufbau darstellen wird.

Die Frage steht schon nicht mehr so: Werden wir die Umstellung auf eine Wochenzeitung schaffen? sondern bereits so: wir **müssen** jetzt die Umstellung schaffen, wenn wir den weiteren Parteiaufbau nicht gefährden wollen. Die Umstellung auf Wochenzeitung wird nicht nur eine quantitative Verkürzung des Abstands zwischen zwei Nummern sein, sondern ein qualitativer Sprung in der Entwicklung des Zentralorgans und damit auch in unserem Kampf um die Partei. Dieser Sprung ist notwendig und er ist möglich. Er muß durch vielfältige konkrete Anstrengungen erkämpft werden.

Das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs hat am 22.4. beschlossen, auf die Umwandlung des „Klassenkampf" in eine Wochenzeitung ab Oktober dieses Jahres Kurs zu nehmen. Das ZK ruft alle Mitglieder, Kandidaten, Aktivisten und Freunde unserer Organisation, alle Leser des „Klassenkampf" dazu auf, ihren Beitrag zu Erreichung dieses Zieles zu leisten!

Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist das gute Gelingen der laufenden Spendensammlung. Das neue Fotosatzsystem wird die Herstellungszeit des „Klassenkampf" stark verkürzen, was gerade bei der Wochenzeitung notwendig ist. Jeder gesammelte Schilling ist ein Schritt zur Erreichung unseres Zieles, die Wochenzeitung zu verwirklichen!

Notwendig ist die zielstrebige Verbesserung, Intensivierung und Ausdehnung der Verbreitung des „Klassenkampf". Wo er heute schon verbreitet wird, müssen mehr feste Leser gewonnen werden. Die Zeitung muß rascher in die Hand des Lesers kommen. Für den öffentlichen Verkauf auf der Straße muß ein Netz von festen Verkaufsplätzen mit festen Verkaufsterminen aufgebaut werden. Wo der „Klassenkampf" heute noch nicht verbreitet ist, muß er bekanntgemacht und müssen erst Leser für ihn gewonnen werden, die mit der Zeit selbst seine Verbreitung in die Hand nehmen können. Dafür wurde auch ein Werbeplakat gedruckt, das für diesen Zweck angefordert werden kann (KB, 1042 Wien, Postfach 48) und heute schon in mehr und mehr Städten und Dörfern Österreichs für den „Klassenkampf" und die theoretische Zeitschrift „Kommunist" wirbt.

Notwendig ist schließlich vor allem, daß die Zeitung auch besser wird — dem Inhalt, dem Stil, der Form nach. Darum muß nicht nur die ganze Organisation kämpfen, dazu rufen wir auch alle Leser auf etwas beizutragen durch Kritik und Beiträge.

Ab der Nummer 10/78 soll der Klassenkampf in einem neuen, größeren Format und mit erweitertem inhaltlichen Umfang erscheinen, um diesen Aufgaben schon jetzt besser gerecht zu werden. Auch das soll für alle unsere Leser ein Ansporn sein, nach Kräften zum Gelingen der Spendensammlung beizutragen, nach Kräften zur Erreichung unseres Zieles der Umwandlung des „Klassenkampf" in eine Wochenzeitung beizutragen, nach Kräften zu Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse beizutragen!

1 Million Schilling für den Parteiaufbau!

Mitte März hat das ZK des Kommunistischen Bundes Österreichs im „Klassenkampf" zur Sammlung von 1 Million Schilling bis zum Jahresende aufgerufen. Mit der Spendenkampagne verbunden ist eine Kampagne zur Verbreitung des „Klassenkampf", des „Kommunist" und des Programms des KB in ganz Österreich. In der Spendensammlung wurde das Zwischenziel von 500.000 Schilling bis Ende Juli aufgestellt.

Bis zum 21.4. sind auf dem Postscheckkonto 2418.889 (Kommunistischer Bund Österreichs/Zentrale) Spenden in der Höhe von S 35.332,39 eingetroffen:

aus Graz	3.210,60
aus Hallein	1.000,00
aus Innsbruck	1.850,00
aus Klagenfurt/Celovec	1.732,39
aus Kufstein	150,00
aus Linz	5.847,20
aus Salzburg	3.711,00
aus Wien	14.252,85
aus Wr. Neustadt	50,00
von zentralen Einheiten des KB	3.528,35
Summe bis 21. 4.	**35.332,39**

Plakate sowie Probenummern zur Propagierung des „Klassenkampf" und „Kommunist" können bei den Ortsgruppen des KB bezogen werden oder bei: Kommunistischer Bund Österreichs, 1042 Wien, Postfach 48.

Brief der ZANU an den Ständigen Ausschuß des KB

ZANU Hauptquartier, Maputo 10.3.78

Vielen Dank für euren Brief an Präsident Mugabe vom 6.2.78. Die Genossen der Zimbabwe African National Union (ZANU) freuen sich sehr darübe, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen von Österreich in eurer Spendensammlung 701.087,64 S gesammelt haben. Das ist 56% mehr als ihr euch ursprünglich zu sammeln vorgenommen habt.

Wir freuen uns, daß die Teilnahme der ZANU-Genossen Chiwara, Chitando und Shava und vor allem des Genossen Kangai an mehr als 40 Veranstaltungen dazu beigetragen hat, die Begeisterung der Leute zu wecken, die zu den Veranstaltungen gekommen waren.

Wir stellen fest, daß ihr der Bitte des Genossen Kangai nachgekommen seid und inzwischen 2 Toyota-Busse gekauft und einen Toyota-Bus sowie einen Land-Cruiser und Ersatzteile bestellt habt.

Wir hoffen, daß ihr in der Lage wart, die Genehmigung für die Übersendung dieser Fahrzeuge zu bekommen. Wir haben jetzt Anfang März und hoffen, daß diese Fracht bereits in Mozambique angekommen ist. (...)

Wir freuen uns daß die Spendensammlung und eure Aktivitäten im Zusammenhang damit zur Gewinnung weiterer Unterstützung für eure Organisation beitragen konnten. Der Kampf des Volkes von Zimbabwe ist mehr als ein nationaler Kampf. Sein internationaler Charakter zeigt sich an der Solidarität und der materiellen Unterstützung, die er von fortschrittlichen Gruppen aus der ganzen Welt erhält.

Das Volk von Zimbabwe drückt euch durch seine Partei ZANU seine tiefste Anerkennung für die finanzielle und materielle Hilfe aus, die wir vom österreichischen Volk durch den Kommunistischen Bund Österreichs erhalten.

Mit revolutionären Grüßen und den besten Wünschen für dieses Jahr

PAMBERI NE CHIMURENGA!

MIT EUCH IM KAMPF

D.N.E. MUTASA

(Stellvertretender Sekretär für Finanzen)

Am 1. Mai für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes!

Fortsetzung von Seite 1

wie diese Kämpfe von den sozialdemokratischen und revisionistischen Führern mit jedem nur erdenklichen Mittel unterdrückt, sabotiert, irregeleitet, hintertrieben werden. Erfolge im Klassenkampf sind nur zu erzielen, wo die Massen sich vom Einfluß dieser „Arbeitervertreter" freimachen, das Joch von deren politischer Kontrolle abschütteln und selbständig und nur auf die eigenen Interessen bedacht handeln.

Der 1. Mai dient diesen Leuten dazu, um ihren Einfluß weiter zu festigen und zu verstärken. Am 1. Mai rufen sie Euch unter ihre Fahnen, um sich Euch noch fester in den Nacken setzen zu können. Am 1. Mai sollt Ihr für ihre Politik, eine Politik der Kapitalsinteressen und des „Arbeiterverrats", eingespannt werden. Am 1. Mai sollt Ihr nach ihrem Willen für die arbeiter- und volksfeindliche SPÖ-Regierungspolitik demonstrieren, oder für die betrügerischen Geschäfte der KPÖ-Führung, einer Bande von Opportunisten, die sich bei der österreichischen Bourgeoisie in eine bessere Stellung im Staat hinaufdienern will und andererseits eine Filiale des russischen Sozialimperialismus ist. Wir, der Kommunistische Bund Österreichs, denken daß beide Möglichkeiten zutiefst und auf der ganzen Linie, den Interessen der Arbeiterklasse, des Volkes, dem Sozialismus widersprechen.

Der Kommunistische Bund Österreichs, der in Österreich das Banner von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung, das Banner der sozialistischen Revolution und des proletarischen Internationalismus hochhält, ruft Euch auf:

Demonstrieren wir am 1. Mai gemeinsam gegen Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung! Demonstrieren wir für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Demonstrieren wir für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und für den Sieg des Sozialismus! Demonstrieren wir für die revolutionäre Kampfgemeinschaft der Arbeiter aller Länder und der unterdrückten Völker im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus! Demonstrieren wir für den Aufbau einer neuen revolutionären kommunistischen Arbeiterpartei in Österreich!

Philips/Hornyphon Wien III

Unterschriftensammlung für S 750,- Innerbetriebliche

Am 12.4. beginnt in der VCR-Abteilung des Philips Werks in Wien III. eine Unterschriftensammlung für eine innerbetriebliche Lohnerhöhung für alle gleich. Sie verbreitet sich rasch auch in andere Abteilungen, innerhalb von zwei Stunden unterschreiben 263 Kolleginnen und Kollegen folgenden Resolutionstext:

„An den Betriebsrat:

Laufend steigen die Preise, die Steuern wurden erhöht, und die Arbeitsbelastung nimmt für alle immer mehr zu (vor allem durch die Stückzahlerhöhungen).

Aus allen diesen Gründen sind wir der Meinung, daß wir eine innerbetriebliche Lohnerhöhung brauchen: **Mindestens S 750,- brutto für alle gleich.**“

Die Personalien der Überbringerin der Listen werden im Büro des Betriebsratsobmanns Pazdera (SPÖ) festgehalten. Am nächsten Tag wird die Kollegin gekündigt. Am Freitag zwei Facharbeiter. Die Kündigungen sind offensichtlich die Reaktion der Firmenleitung auf die Lohnforderung: Sie will jeden Funken Widerstand im Betrieb auslöschen. Alle drei Kollegen werden für die Kündigungszeit „freigestellt“, d.h. sie haben Hausverbot.

Die Kollegen wenden sich in einer Erklärung an die Belegschaft, die von der Betriebszelle Philips des KB verteilt wird. Mit einem offenen Brief wenden sie sich vor allem an die Gewerkschaftsmitglieder und Organe sowie auch an ORF und Presse.

Offener Brief:

„Im Fernsehwerk Philips im III. Bezirk, Dr. Bohrgasse 3, wurde am Mittwoch, dem 12.4., in der Videorecorder-Abteilung eine Unterschriftensammlung durchgeführt. 263 Kolleginnen und Kollegen haben die Forderung nach einer innerbetrieblichen Lohnerhöhung von S 750,- brutto unterstützt. Mit dieser Unterschriftensammlung wandten sie sich an ihren Betriebsrat.

Ich wurde von den Kolleginnen meines Bandes beauftragt, die Listen dem Betriebsrat zu überbringen. Am nächsten Tag wurde ich gekündigt. Ich mußte den Betrieb sofort verlassen und durfte mit meinen Kolleginnen nicht mehr sprechen. Als Kündigungsgrund wurden mir disziplinäre Gründe genannt. Ich sei schuld, daß die Stückzahl nicht erbracht wurde. Am Freitag wurden zwei weitere Kollegen gekündigt. Offiziell hieß es, daß die Kündigungen nichts mit der Unterschriftensammlung zu tun hätten. Daß da sehr wohl ein Zusammenhang besteht, ist aber klar, noch dazu, weil die zwei Kollegen im ganzen Betrieb beliebt und anerkannt waren. Zum Beispiel wurde von einem dieser Kollegen die Liste zu seinem Band gebracht, und dort lückenlos unterschrieben. Betriebsratsobmann Pazdera, der offenbar diesen Kündigungen zugestimmt hatte, und meinen Namen an die Betriebsleitung weitergab, trat damit offen gegen eine gewerkschaftliche Tätigkeit im Betrieb auf. Daß noch weitere Kollegen in diesem Zusammenhang gekündigt werden, ist nicht auszuschließen.

Wir sind der Meinung, daß wir über diese Vorfälle nicht schweigen dürfen, und die Arbeiter diese Maßnahme nicht hinnehmen dürfen. Deshalb wenden wir uns mit diesem offenen Brief an die Öffentlichkeit, an alle Arbeiter und Angestellten, an alle Gewerkschaftsorgane, wie Betriebsräte und Gewerkschaftsjugend, an Presse, Rundfunk und Fernsehen. Wir fordern alle auf, die diesen Brief erhalten, Unterstützungserklärungen und Protestresolutionen für die Rücknahme der Kündigungen zu verabschieden, an den Betriebsratsobmann von Philips und an folgende Adresse zu schicken: Romana Riedesser, 1050 Wien, Stollberggasse 31-33/2/15.

Romana Riedesser und die gekündigten Kollegen von Horny, G.H. und P.R.“.

Die Firmenleitung kommt unter Druck. Mit Polizeieinsatz wird — vergeblich — versucht, die Verteilung von Flugblättern durch die Zelle des KB an die Philips-Kollegen zu verhindern. Der offene Brief bringt erste Erfolge: Protest- und Solidaritätsresolutionen treffen ein. Die Kopien werden von der gekündigten Kollegin zur Weiterverbreitung zur Verfügung gestellt. Sie hat uns auch folgendes Interview gegeben:

Klassenkampf: Wo hast Du bei Philips gearbeitet?

Kollegin: Ich war in der VCR-Halle am Band als Funktionsprüferin beschäftigt. Die dort beschäftigten Frauen haben fast alle keinen Beruf erlernt, der ihnen durch höhere Einstufung etwas bringen würde. So verdienen wir an den Prüfplätzen 44,31 S, an den Montageplätzen 42,80. Das ist aber schon der Akkordverdienst.

Klassenkampf: Wie ist der Akkord in der VCR-Abteilung?

Kollegin: Vor einem Jahr war die Stückzahl noch knapp über 100, heute ist sie 133, nun soll sie auf 154 gesteigert werden. Die Leistung ist ständig gestiegen, der Lohn nicht. Das Geld ist hart verdient. Oft hört man durchs ganze Band nur mehr: „Ich kann nicht mehr.“ 133mal am Tag das schwere Gerät herziehen, herunterheben, wieder hinaufstellen und weiterschieben. Das ist Schwerarbeit, nicht nur Geschicklichkeit und Schnelligkeit.

Klassenkampf: Eure Aktion ist nicht zuletzt deshalb auf so großes Interesse und auf Hochachtung in der Arbeiterschaft gestoßen, weil die Sache von den Frauen ausgegangen und getragen worden ist. Wie ist das zustandegekommen?

Kollegin: Der Unmut war schon lang vorhanden. „Und das alles für dieses Almosen“, war immer unser Spruch. Lange Zeit haben die meisten zwar geschimpft, aber immer gesagt, daß man sowieso nichts machen kann. Aber Montag, als wir die Zettel bekommen haben, war es endgültig aus mit der Geduld.

Klassenkampf: Wie habt Ihr die Aufstellung der Lohnforderung organisiert?

Kollegin: Mit Bitten war nichts drinnen. Über den Meister ist nichts gegangen. Also wurde überlegt, wie man den Betriebsratsobmann auf Trab bringen kann. Viel Vertrauen in ihn war nicht da. Teilweise auch mehr Angst, als sonstwas. Drum ist keine Delegation zu ihm hinauf zustandegekommen. Es war klar: Viele müssen dahinter stehen, sonst schert sich niemand drum. Und deshalb der Vorschlag: Unterschriften sammeln. Ja, organisiert haben wir das so: Kurz besprochen, was im Text sein soll, was für eine Höhe notwendig und drin ist. Über die Stückzahlerhöhungen, das hat hineinmüssen, das war klar. Ich sollte dann die Listen bis zum nächsten Tag schreiben, haben wir ausgemacht. Die anderen von meinem Band haben einstweilen schon Mundpropaganda fürs Unterschreiben gemacht.

Klassenkampf: Betriebsratsobmann Pazdera behauptet in der Zeitschrift „Profil“, Ihr hättet gesagt, daß die Sache von ihm ausgeht. Außerdem sagte er, die Leute hätten sich dann angestellt, um sich wieder durchstreichen zu lassen.

Kollegin: Erstens ist ganz deutlich draufgestanden: „An den Betriebsrat“. Zweitens war eine Überredung oder gar so etwas, überhaupt nicht notwendig. Die Kolleginnen haben gesagt, „Zeit ist es“, „Auf sowas wart ich schon lang“, usw. Auf einmal waren die Listen auch schon in der Fernsehhalle. Sogar Blätter nur mit Unterschriften haben sie beigelegt, weil die Listen mit dem Text ausgegangen sind. Aber es stimmt, daß einige geglaubt haben, daß es vom Betriebsratsobmann ausging. Bei uns hat es jedenfalls keine geglaubt. Soviel Illusionen haben nicht viele gehabt. Die waren dann am meisten zusammengehaut, wie sie ihn durchgehen und brüllen gehört haben, „wenn ich den erwische, der das angezettelt hat, der kann was erleben“. Da haben sich dann einige streichen lassen. Aber nur einige, viele haben gesagt: „Das unterschreibe ich nocheinmal, wenns sein muß.“ Dann ist aufgekommen, daß sie oben Kolleginnen ohne ihr Wissen durchgestrichen haben . . . .

Klassenkampf: Wie war die Reaktion auf das Verhalten des Betriebsratsobmanns?

Kollegin: Wie gesagt, viele waren eingeschüchtert, aber viele haben gemerkt, was sie von ihm zu halten haben. Zuerst sagte er, bei den gewerkschaftlichen Lohnverhandlungen kann er nichts machen, weil es in der Stahlbranche so schlecht ist. Dann führt er sich so auf, wenn wir es im Betrieb versuchen, wo die Chancen gut waren, bei dieser Produktionsausweitung. Aber Pazdera hat gewußt, wie die Stimmung ist. Er hat sich Mittwoch und Donnerstag nicht mehr anschauen lassen. Daß er nicht mehr gewählt wird, war das mindeste, was gesagt wurde. Einige resolute Kolleginnen haben gesagt, daß man ihn abpassen müßte, und Kosenamen hat er keine gekriegt.

Klassenkampf: Im „Profil“ sagt Pazdera, daß die Aktion „blödsinnig“ und „idiotisch“ war. Hat er sich je zu der Forderung inhaltlich geäußert?

Kollegin: Nein, kein einziges Wort. Was soll er viel sagen. Daß es besser für uns ist, wenn wir weniger verdienen?

Klassenkampf: Wie hat die Firmenleitung reagiert?

Kollegin: Sie haben einige Zeit gebraucht. Meinen Namen hätten sie — außer vom Betriebsratsobmann — jedenfalls nicht erfahren. Am Mittwoch haben sie dann konferiert und die Meister vergattert. Am Donnerstag habe ich die Kündigung bekommen. Ich bin sofort zum Betriebsratsobmann, der hat sie verteidigt. Und dann bin ich hinunter und eine hat gesagt: „Jetzt müssen wir alle hinaufgehen, denn sie hat es ja in unserem Namen gemacht.“ Aber da sind schon einige Herren gekommen, und haben gesagt, ich muß sofort den Betrieb verlassen.

Klassenkampf: Die Kündigungen und Drohungen haben einschüchternd gewirkt. Die Firmenleitung hat es darauf angelegt, jeden Ansatz zu einer Aktion im Betrieb zu zerschlagen. Ohne neuen Anlauf tut sich nichts. Wie schaut es damit aus?

Kollegin: Vorerst ist es der Firmenleitung gelungen. Aber z.B. die Solidarität mit unserer Aktion und die Proteste gegen die Kündigungen wirken gut, den Kollegen wird wieder der Rücken gestärkt. Ich bin weiter in Kontakt mit einigen, und verschiedene Kollegen haben mich schon angerufen. Einige werden mir anonym schreiben, auch die Pickerl-Aktion ist im Betrieb durchgeführt worden: Vom KB sind Aufkleber mit der Aufschrift: „750,- brutto, Rücknahme der Kündigungen“ verteilt worden. Sie sind in einer Halle und auf den Klos geklebt. Aber bis jetzt hat sich im Betrieb noch niemand gefunden, der — so wie unser Band bei den Unterschriften — sozusagen die Führung übernimmt. Das ist aber notwendig, wenn es mit den S 750,- weitergehen soll.

25.4.78

Philips-Arbeiterinnen schreiben an Romana Riedesser

Wir drucken nachfolgend einen Brief von 8 Philips-Kolleginnen an die drei Gekündigten ab.

Der Brief spiegelt in gewisser Weise ganz gut die Stimmung wieder, die im Betrieb herrscht. Er bringt die Folgen der drei Kündigungen und anderer Unterdrückungsmaßnahmen zum Ausdruck und zeigt gleichzeitig doch, daß sich mit Unterdrückung die Notwendigkeit der geforderten Lohnerhöhung für die Kollegen nicht beseitigen läßt. „...: wir sind noch genauso für die Lohnerhöhung, wie am ersten Tag...“

Auch wir schreiben Ihnen anonym, weil wir keine andere Möglichkeit haben, Ihnen mitteilen zu wollen, wie wir empört über die Kündigungen von Ihnen und unseren anderen beiden Kollegen sind. Wir sind auch noch genau so für die Lohnerhöhung von 750.- wie an dem Tag, an dem wir die Unterschriftsliste unterzeichnet haben. Sie werden sich sicher denken, daß wir zu feig sind, uns mit dem vollen Namen an Sie zu wenden, vielleicht sind wir das auch, aber nicht alle sind so unabhängig wie Sie. Die meisten von uns haben Kinder (sind geschieden) und Familie, sind finanziellen Belastungen ausgesetzt, daß sie sich allein der Familie gegenüber zu so einem Schritt wie Sie nicht verantworten können. Es heißt zwar, daß Sie mit Ihren Helfern uns unterstützen, aber viele glauben nicht so recht daran, und die daran glauben, trauen Ihnen nicht so viel Kraft zu. Das ist auch nicht so abwegig, da wir in der Firma nicht mal die Möglichkeit haben, unseren Betriebsrat abzuwählen. Es wird nämlich gar kein anderer aufgestellt, und **unser Betriebsrat** gewinnt immer, ob mit 10 oder 100 Stimmen, und das ist nur einer der vielen Minuspunkte.

Für uns Arbeiter ist aber der größte Minuspunkt, daß unser **Arbeits**betriebsrat im Interesse der Firmenleitung arbeitet.

Trotz allem wünschen wir Ihnen und Ihren beiden Kollegen gute und viel Kraft, diesen Wirbel durchzustehen, und hoffen, daß mehreren Kollegen von der Firma Philips Dr. Bohrgasse, zu Bewußtsein kommt, daß Ihr das nur für die Arbeiter macht. Ein Dankeschön auch an Eure Helfer, und vielleicht erreicht Ihr doch ein bißchen was.

Solidaritätsschreiben mit den gekündigten Kollegen von Philips/Hornyphon

Jugendgruppe 9 der Gewerkschaft für Metall-Bergbau-Energie

(in der auch die Lehrlinge von Horny organisiert sind)

An die Betriebsratskörperschaft des Philips-Fernsehwerkes.

Betrifft: Kündigung der Kollegen Romana Riedesser, G.H. und P.R.

Am 13. und 14.4.1978 wurden im Philips-Fernsehwerk drei Kollegen gekündigt. Da wir glauben, daß die Kündigungen, obwohl gegenteilige Gründe angegeben sind, in engem Zusammenhang mit der Unterschriftenaktion für eine Innerbetriebliche standen; da unserer Meinung nach, egal aus welchen politischen Beweggründen diese drei Kollegen die Unterschriftensammlung durchführten, diese Aktion eine gewerkschaftliche Aktion war, fordern wir die sofortige Rücknahme der ungerechtfertigten Kündigungen. Denn wir sehen diese Kündigungen als Beschneidung unserer hart erkämpften gewerkschaftlichen Rechte.

Wien, 20.4.

Die Mitarbeiter des **Architekturbüros Neugebauer in Wien** wenden sich in einem Brief an die Horny-Belegschaft, fordern die Wiedereinstellung der Gekündigten und „unterstützen Eure berechtigte Forderung auf 'mindestens 750,- brutto für alle Kollegen gleich'."

Die Namensliste **„Für konsequente Interessensvertretung" der Gewerkschaft der Wiener Gemeindebediensteten** solidarisiert sich mit Romana Riedesser.

17 Lehrer der Hauptschule Wien III., Dietrichgasse 36, unterzeichneten eine Resolution an Betriebsratsobmann Pazdera, in der dessen Haltung verurteilt, die Forderung nach innerbetrieblicher Lohnerhöhung unterstützt und die Rücknahme der Kündigungen verlangt wird.

In einem Brief an R. Riedesser und BRO Pazdera protestieren **7 Lehrer und drei Schulwarte des Bundesgymnasiums Wien V.** „gegen die ungerechte Kündigung von drei Kollegen bei Philips und Horny, die sich für die Interessen der Kollegen einsetzten" und forderten die Wiedereinstellung.

Solidaritätsschreiben an die Gekündigten, in denen die Unterstützung für die Horny-Belegschaft ausgedrückt wird, sandten das **Komitee Südliches Afria/Wien**, die **40 Teilnehmer der Film-Veranstaltung „Farah-Streik" vom 19.4. in Salzburg**, **18 Aktivisten der Meidlinger Gruppe der Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke** sowie die **30 Teilnehmer der Veranstaltung „Arbeitslosengeld 80% vom Lohn" des KB in Klagenfurt/Celovec.**

Trotz des Drucks von oben und eines Rückziehers ihres Gruppenobmannes unterzeichneten **6 Mitglieder der PAJ-Gruppe in Wien XII.** eine Protestresolution gegen die Kündigungen, weil sie eine „Unterschriftenaktion am Arbeitsplatz zur Vorbereitung einer Lohnerhöhung für eine legitime gewerkschaftliche Tätigkeit" halten.

Interview mit einem streikenden Arbeiter bei Semperit/Traiskirchen

Der Semperit-Konzern hat etwa 10.000 Beschäftigte und einen Jahresumsatz von ca. 5,5 Mrd. S. Etwa 60% der Jahresproduktion sind Reifen, insgesamt stellt der Konzern über 20.000 verschiedene Artikel her. Seit dem Jahr 1972 ist Semperit mit der Reifenfabrik Kleber-Colombes, einem Teil der Michelin-Gruppe, verbunden. Im Rahmen der Verträge mit Kleber weitet Semperit die Produktion von LKW-Radialreifen aus und schränkt die Produktion von PKW-Reifen ein. Auch auf anderen Gebieten wird die Zahl der verschiedenen Produkte von Semperit eingeschränkt, so wurde etwa im Werk Wimpassing die Produktion von Freizeitartikeln eingestellt. Auch in den Entwicklungsabteilungen (mit der Verlegung der Entwicklung von PKW-Sommerreifen zu Kleber) und in der Verwaltung des Konzerns erfolgten Umstellungen:

Teile der Verwaltung sollen an die Produktionsstätten verlegt werden, was für die betroffenen Angestellten erhebliche Wegzeiten mit sich bringen würde. In diesem Zusammenhang ist auch der Verkauf des Gebäudes der Zentrale in Wien geplant.

Die Umstellung der Produktion von PKW-Diagonalreifen auf LKW-Stahlgürtelreifen hat die Belastung für die Wickler im Werk Traiskirchen stark erhöht. Berücksichtigen muß man die schweren Bedingungen für die Arbeiter in der Produktion. In einer Untersuchung über die Arbeitsbedingungen in der Chemischen Industrie, in deren Rahmen auch das Semperit-Werk Traiskirchen untersucht wurde, wird die Situation so charakterisiert: „Die wesentlichsten Belastungsursachen sind die Schwere der Arbeit, hier insbesondere das Gewicht der zu transportierenden Lasten, hohes Arbeitstempo, und die von Umgebungseinflüssen, wie Hitze, Lärm usw. beeinflußten Arbeitsbedingungen." (Arbeit und Wirtschaft 10/1977)

Seit 17. April streiken die 450 Arbeiter der Reifenwicklerei im Werk Traiskirchen unter der Forderung S 500,- Lohnerhöhung für die Reifenwickler, S 350,- für die Bedienungsleute. In einer Urabstimmung am 14. April hatten sich 401 der anwesenden 427 Arbeiter für den Streik ausgesprochen, nachdem schon seit August des Vorjahres über eine Lohnerhöhung für die Reifenwickler verhandelt worden und der Lohn aller Semperit-Arbeiter immer mehr unter Druck gekommen war.

Im folgenden bringen wir ein Interview mit einem streikenden Kollegen.

Klassenkampf: Wie sind die ersten Wünsche nach einer Lohnerhöhung zustandegekommen?

Kollege: Das hat folgende Geschichte: Aus der Wickelei gingen eine Anzahl von Kollegen in die LKW-Stahlgürtelreifenabteilung (BGF). Dort ist das Lohnniveau niedriger. Als die Wickelei neue Maschinen bekam, übernahm sie einen Teil dieser Arbeit und jetzt hat man in der Wickelei die Löhne auf das BGF-Niveau abgesenkt. Das trifft die Bedienungsleute besonders hart. Die Lohnforderung wurde von einer großen Mehrheit der Arbeiter aufgestellt und der Betriebsrat sah sich gezwungen, sie aufzunehmen.

Klassenkampf: Wir hat sich der Einsatz neuer Maschinen auf die Arbeitsbedingungen ausgewirkt?

Kollege: Es wurde uns gesagt, daß die neuen Maschinen die Anstrengung bei der Arbeit senken würde. Das hat sich aber nicht bestätigt. Die alten Maschinen hatten z.B. eine Anlage zum Anrollen der Karkasse. Die neuen Maschinen führen den glänzenden Namen „Automatik", bloß Anrollvorrichtung haben sie keine. Das muß man nun händisch machen. Hatte man früher die alten Maschinen einmal gut eingestellt, so liefen sie praktisch von selbst. Heute, bei der „Automatik", gibt es nichts einzustellen. So ist die Konzentration sehr gestiegen. Die Reifen sind derart genau durchgerechnet, daß nicht der geringste Fehler passieren darf, sonst ist so ein Reifen gleich kaputt.

Wir arbeiten im Akkord. Früher gab es einen Stundenlohn von wenigen Schillingen über 60,-, heute liegen wir unter 60,-. Wichtig ist noch folgendes: Heute beschäftigt der Betrieb ca. 150 Kontrollore, es sollen bald 180 werden. Das bedeutet für uns fortwährend Druck. Wir sind der Ansicht, daß diese Arbeit die Kollegen selbst machen sollen. Sie kennen die Arbeit.

Klassenkampf: Wie ist es zur Forderung nach 500,- bzw. 350,- gekommen? Welche Rolle haben die Betriebsräte dabei gespielt?

Kollegen: Es ist beabsichtigt, für angelernte Arbeiter eine Zwischenlohngruppe einzuführen. Der Aufstieg in die Facharbeiterlohngruppe hätte eine Lohnerhöhung von S 1.000 gebracht. Dem Betriebsratsobmann Maierhofer war das zu viel. So kam es zu der Zwischenlohngruppe. Sie bedeutet S 500,- für die Facharbeiter und S 350,- für die Bedienungsleute. Die Lohnforderungen sind zwar niedrig, aber es wäre trotzdem ein großer Erfolg, sie durchzusetzen. Geld ist das praktisch keines. Wir haben in der Wickelei 2 Betriebsräte. Sie unterstützen den Streik. Allerdings unterstützen sie auch Betriebsratsobmann Mayerhofer, obwohl die Arbeitermeinung die ist, daß man sich früher oder später einen anderen Obmann suchen muß.

Jede Schicht hielt eine vom Betriebsrat eigens organisierte Versammlung ab. Dort schlug der Betriebsrat die Abstimmung über den Streik vor. Allerdings war die Grundlage für dieses Vorgehen die, daß eine Umfrage unter den Arbeitern eine klare Stimmung für den Kampf ergeben hatte. Mayerhofer hat früher einmal angekündigt, daß gruppenweise Lohnerhöhungen durchgeführt werden sollen. Immer wurde gejammert, daß der Betrieb mit Defizit arbeitet. Jetzt gibt es angeblich einen Abschluß über große Reifen mit Rußland; und das war ein günstiger Augenblick für die Arbeiterschaft. Für Mayerhofer hat sich das allerdings anders gestellt. Er wartete, bis der Betrieb festen Boden unter den Beinen hatte, um den Arbeitern nachzugeben.

Klassenkampf: Wie war das mit den ausländischen Kollegen?

Kollege: Für die ausländischen Kollegen bedeutet der Entschluß, zu streiken, mehr Gefahren. Trotzdem haben sie sich angeschlossen. Man kann sagen, daß es da keine Probleme gegeben hat. Im Gegenteil! Wir setzen uns für die türkischen Kollegen ein, die als Bedienungsleute besonders unterbezahlt sind.

Klassenkampf: Wie war die Haltung der anderen Abteilungen zum Streik?

Kollege: Die Betriebsräte geben keine Informationen an die anderen Abteilungen. Für uns ist wichtig, daß die anderen Abteilungen in ihren Bereichen die Initiative ergreifen, dann würden wir uns jederzeit für sie einsetzen, wie sich die Angestellten in ihrer Versammlung mit uns solidarisch erklärt haben. Die Meinung über unseren Streik ist geteilt; jeder denkende Arbeiter hält unseren Streik für gut, weil er die Bedeutung kennt, die es hat, daß einmal ein Streik durchkommt. Es würde ihnen größere Möglichkeiten für weitere Lohnkämpfe ermöglichen. Von anderen Kollegen haben wir gehört, daß sie nicht zu Kollegen dürfen, sie sind teilweise eingeschüchtert, aber uns kann man das nicht verbieten. Sie wissen das und deshalb hat zu uns keiner was gesagt. Trotzdem ist es gegenwärtig sehr gefährlich, in andere Abteilungen zu gehen.

Klassenkampf: Was denkt Ihr über die Haltung der Gewerkschaft zum Streik?

Kollege: Daß die Gewerkschaft den Streik unterstützt, hat zwei Seiten. Einerseits bedeutet das eine Stärkung, eine finanzielle Absicherung; andererseits hat sie den Streik gut im Griff. Sie hemmt, daß sich der Streik aktiv entfaltet. Sie unterdrückt die notwendigen Informationen für die Kollegen. Trotzdem denke ich, daß sich der Betriebsratsobmann keine Kompromisse erlauben darf; sollte er umfallen, so glaube ich, würden wir trotzdem stehen. Auf das Flugblatt der Firma haben wir, weil dort steht, daß wir den Betrieb ruinieren, Kreuze gezeichnet und geschrieben: „Die tieftrauernden Hinterbliebenen...." Und das haben wir im Betrieb aufgehängt.

Klassenkampf: Wie denkt Ihr über die Bereitschaft der Chemiearbeitergewerkschaftsführung unter Teschl & Co., auf ca. 5% bei den Verhandlungen herunterzugehen?

Kollege: In den Abteilungen gibt es teilweise recht heiße Diskussionen um die KV-Verhandlungen. aber man kann nicht abschätzen, was passiert, wenn sich die Gewerkschaft einen Abschluß erlaubt, der den Vorstellungen der Kapitalisten entspricht.

Resolution zu den Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften

„Konkret gehen wir beim Kampf um die Gewerkschaften so vor, daß wir zum Kampf um den Lohn, die Arbeitsbedingungen, um die Arbeiterschutzforderungen und Arbeiterrechte sowie um jede andere politische Frage die Einheit der Arbeiterklasse bzw. des ganzen Volkes hinter konkreten Forderungen herzustellen suchen, die die Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen und auf die Einheit und Selbständigkeit der Arbeiterklasse abzielen. In Betrieb und Gewerkschaft stellen wir in bezug auf alle Fragen der Gewerkschaftspolitik der bürgerlichen Linie in den Gewerkschaften solche Forderungen als konkrete Vorschläge für die Gewerkschaftspolitik gegenüber."

in: Dokumente der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs

150 Seiten Preis S 50,-

Auch als **Separatdruck** erhältlich:

20 Seiten Preis S 2,-

Zu beziehen über Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

Sacher-Technik Wien: 10% Lohnerhöhung durchgesetzt

Vor ca. 2 Monaten hatte bei Sacher-Technik-Wien die Belegschaft auf einer Betriebsversammlung für die diesjährigen Gehaltsverhandlungen die Forderung 12%, mindestens S1.000,- beschlossen. Die letzte Gehaltserhöhung gab es am 1.4.77. Bei einer Inflationsrate von 6% (offiziell) und der ständig steigenden Steuerausplünderung sollte damit dem Sinken des Lebensstandards entgegengewirkt werden. Wir mußten mehrere Monate hindurch sehr viele Überstunden machen, und daher war nicht einzusehen, warum wir beim Lohn zurückstecken sollten. Die Mindestforderung sollte vor allem dem entgegenwirken, daß die Firmenleitung — wie im letzten Jahr — durch individuelle „Belohnungen" und „Bestrafungen" Zwietracht unter den Kollegen sät; außerdem war sie für uns eine Art untere Grenze: weniger als 1.000,- nehmen wir nicht an.

Das erste Angebot der Geschäftsleitung war: 8 bis 10 % individuell, je nach „Leistung". Bei der Verhandlung äußerte sich der Betriebsrat gegen die 8%, weil sie nicht einmal eine Inflationsabgeltung bringen, ebenso wie gegen die individuelle Verteilung von viertel oder halben Prozenten. Ein genaues Angebot der Firmenleitung sollte noch folgen.

Anschließend hielt der Betriebsrat eine Betriebsversammlung ab, wo er der vollzählig anwesenden Belegschaft (die Versammlung fand vormittags statt), das Angebot der Firmenleitung bekanntgab. Die 8% wurden auch dort als zu wenig zurückgewiesen; festgehalten wurde, daß alles, was unter 10% ist, nicht in Frage kommt. Und für den Fall, daß das nächste Angebot der Firmenleitung darunter liegt, wurden Kampfschritte ins Auge gefaßt, wie ein Überstundenstreik. Die Firmenleitung hatte ihr niedriges erstes Angebot damit begründet, daß sie vorerst noch keinen neuen Vertrag mit dem Auftraggeber hat, und daher über keine besonderen finanziellen Mittel verfüge. Es wurde von daher besprochen, 8% dann anzunehmen, wenn sie rückwirkend von 1.1.78 und nur bis 1.1.79 gelten.

Der Unmut über dieses erste Angebot war ziemlich groß. Das endgültige Angebot der Firmenleitung sah dann auch wesentlich anders aus: **10 % für alle** (mit wenigen Ausnahmen — 5 von fast 30, und da eher Bereinigung von krassen Unterschieden bei gleicher Qualifikation). Wenn man die heutige Lage betrachtet, wo in den wichtigsten Branchen KV-Abschlüsse bei 5% erwartet werden, stehen wir in einem Kleinbetrieb mit 10% nicht schlecht da, meinen die Kollegen. Immerhin sind 10% sicher netto für jeden ein Schlag gegen den Reallohnabbau durch Teuerung und staatliche Ausplünderung. 10% sind für den Großteil bei uns (Facharbeiter und HTL-Techniker) mehr als S 1.000,- und im schlechtesten Fall S 700,-. Die Erhöhung gilt ab 1. Mai 1978 für etwa 1 Jahr.

Ortsgruppe Wien

Sekanina würgt Forderung von Salzburger Betriebsräten nach S 600,- ab

Bei Bleckmann, einem Salzburger Elektrobetrieb, hatte es bereits bei der letztjährigen Lohnrunde große Widerstände gegen die vom Verhandlungskomitee aufgestellte zu niedrige Prozentforderung und gegen den Verzicht auf einen Mindestbetrag gegeben. Dabei protestierte eine Frauenbetriebsrätin telefonisch beim Verhandlungskomitee und verlangte die Aufstellung einer Mindestforderung in Schilling.

Heuer gab es häufig im Betrieb Diskussionen über die Notwendigkeit der Aufstellung einer ausreichenden Schillingforderung. Dem versuchte die Kollegin Rechnung zu tragen, indem sie ab März, als sich abzuzeichnen begann, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsspitze wieder mit einer Kapitulationsforderung in die Verhandlungen ziehen würde, auf verschiedenen Betriebsrätekonferenzen im Land Salzburg eine Resolution vorlegte, die die Aufstellung einer Schillingforderung in der Höhe von S 600,- und als Termin für das Inkrafttreten des neuen KV den 1. April forderte.

Diese Resolution wurde unterstützt von Flachgauer Betriebsräten (Telefunken). Gleichzeitig wurde bei diesem Treffen am 18./19.3.78 beschlossen, die gleiche Resolution auf einem regelmäßigen Schulungstreffen Salzburger Betriebsräte am 6.4. in Schwarzach einzubringen, und sie dort dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie, Sekanina, zu unterbreiten.

Bei dem Treffen selbst wurde die Forderung hauptsächlich von den dort anwesenden Frauenbetriebsrätinnen unterstützt; kein Zufall, denn gerade in den versteckten „Frauenlohngruppen" wirken sich die niedrigen Prozentabschlüsse besonders katastrophal aus.

Nach langwierigen Ausführungen über die „schwierige wirtschaftliche Lage", die eine Schillingforderung in dieser Höhe überhaupt „utopisch" erscheinen lasse, und einem verbalen Zugeständnis, „sich besonders für die unteren Lohngruppen einsetzen zu wollen", gelang es Sekanina jedoch, die Abstimmung über die Resolution zu verhindern. Nicht gelungen ist ihm freilich, die anwesenden Frauenbetriebsrätinnen zu überzeugen.

Zelle Bleckmann

Text der auf verschiedenen Betriebsrätekonferenzen eingebrachten Resolution

Nach den Forderungen der Chemiearbeiter- und Industrieangestelltengewerkschaft (7,8 bzw. 6%) stehen nun anscheinend die Forderungen für Metall-Bergbau-Energie fest. Die Führung dieser Gewerkschaft orientiert sich auf eine IST-Lohnerhöhung zwischen 4 und 6%.

Ein Abschluß in dieser Höhe widerspricht voll und ganz den Interessen der Mitglieder und aller Metallarbeiter.

Nachdem schon der letzte KV-Abschluß die Teuerung der vorangegangenen 14 Monate nicht wettgemacht hat und durch die prozentuelle Erhöhung vor allem die unteren Lohngruppen durch die Finger schauten, würde ein solcher Abschluß den weiteren Lohnraub besiegeln und die Lebenshaltung der Arbeiter in einem ernsten Ausmaß gefährden.

Das wird noch zusätzlich verstärkt durch die Absicht, den KV-Abschluß auf 1. Juni oder noch weiter hinauszuzögern.

Angesichts der andauernden Verteuerung der Lebenshaltungskosten, des verschärften Steuerdrucks und anderer Mehrausgaben (erhöhte Beiträge, Bonus-Malus usw.) ist ein einheitlicher MINDESTBETRAG in ausreichender Höhe eine unbedingte Notwendigkeit:

— Mindestens 600 Schilling für alle!

— Der KV muß ab 1. April gelten!

Diese Resolution richtet sich an den Zentralvorstand der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie.

Veranstaltung der OAG Klagenfurt/Celovec
Arbeitslosengeld 80% vom Lohn

Die OAG Klagenfurt/Celovec hat am 19.4. eine Veranstaltung „Arbeitslosengeld 80% vom Lohn" in einem Gasthaus in der Fischlsiedlung, einer Arbeitersiedlung in Klagenfurt, gemacht. Wir wollten mit den Arbeitern, Angestellten, Hausfrauen und allen Interessierten über die Gründe der Arbeitslosigkeit, die Lage in Kärnten und die Forderungen zur Lage der Arbeitslosen reden.

Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse. Gekommen sind über 30 Leute vor allem aus der Siedlung, aus den Betrieben dort, auch einige Studenten nahmen teil und Mitglieder einer KAJ-Gruppe, die gute Kontakte zu den Bewohnern der Fischlsiedlung haben.

Martin Auer, der zu dieser Veranstaltung eingeladen war, sang im Rahmen der Veranstaltung eine Reihe von Liedern.

In dem kurzen Referat wurde zuerst den Lügen von Landeshauptmann Wagner, „daß es in Kärnten derzeit Vollbeschäftigung gebe", die Tatsachen entgegengehalten und weiters aufgezeigt, warum die Politiker hier lügen. Es wurde auch festgestellt, daß es notwendig ist, für eine solche Verbesserung der Lage der Arbeitslosen einzutreten, daß sie nicht als Lohndrücker und Spalter verwendet werden können: „Unsere Forderungen sind geeignet, die Einheit zwischen arbeitslosen und in der Produktion stehenden Arbeitern herzustellen — ausgefochten müssen solche Kämpfe vor allem von den in der Produktion stehenden Arbeitern werden — die haben eben die Macht, die Produktion zu stoppen, was jeden Kapitalisten ins Herz trifft, d.h. seinen Profit angreift."

An der Diskussion beteiligten sich fast alle Anwesenden. Ein älterer ehemaliger Zimmer-Arbeiter sagte, daß es wichtig ist, für eine solche Organisation wie unsere, daß sie sich auch mit den Problemen der älteren Arbeiter beschäftigt. Im Vordergrund der Diskussion standen einerseits die Erfahrungen, die wir tagtäglich in der Fabrik, in den Büros machen, andererseits aber auch bereits Überlegungen, wie man was ändern kann. Hierzu wurde vor allem viel über die Spaltermethoden der Kapitalisten berichtet, über die Schwierigkeiten, Einheit unter den Kollegen herzustellen. Das Druckmittel: „Wenn dir was nicht paßt, kannst ja gehen, — es warten schon andere auf den Posten", wirkt sehr stark.

Zwischen den Diskussionen wurde immer wieder gesungen. Ein junger Arbeiter sang ein lustiges Lied, das er selbst gedichtet hat. Er bekam viel Beifall. Genossen berichteten auch über die jetzige Auseinandersetzung bei Philips/Hornyphon in Wien und über den Streik bei Semperit. Die Teilnehmer stimmten zu, daß wir einen Solidaritätsbrief an die entlassenen Kollegen von Philips, der verlesen wurde, schicken.

Nach dem Aufruf, unsere Spendensammlung für den Parteiaufbau zu unterstützen, und sich am 1. Mai bei uns zu beteiligen, wurde noch in kleineren Gruppen diskutiert und gesungen. Gespendet wurden S 232,-.

Ortsaufbaugruppe Klagenfurt/Celovec

Kündigungen bei Swarowski-Optik in Absams

Vor kurzem wurden 22 Frauen im Optik-Werk Absams gekündigt mit der Begründung, daß der Absatz von Brillengläsern so schlecht sei. (Das Swarowski-Werk in Absams hat etwa 700 Beschäftigte.) Noch im Jänner schrieben die Swarowskis in ihrer Werkszeitung: „Für das Jahr 1978 erwartet die Optik einen Umsatz von etwa 250 Millionen Schilling und es ist erfreulich, daß sich das Unternehmen so erfolgreich entwickelt."

Jetzt zeigt sich für die Kolleginnen und Kollegen, was diese „erfolgreiche Entwicklung" bedeutet. Der Betrieb in Absams wird weiter durchrationalisiert.

Neben einigen jungen Kolleginnen sind vor allem ältere von den Kündigungen betroffen. Die Swarowski-Kapitalisten haben nicht davor zurückgeschreckt, Kolleginnen auf die Straße zu setzen, denen nur mehr ein paar Jahre bis zur Pensionierung fehlen. Diese Frauen haben ihr ganzes Leben lang für die Profite der Swarowskis gerackert, ihre Gesundheit ruiniert, und bevor sie in die Frühpension gehen, werden sie noch wie ausgepreßte Zitronen weggeworfen.

Zelle Swarowski/Innsbruck

Karl Marx: Lohn, Preis und Profit

In seinem 1865 verfaßten Vortrag beantwortet **Marx** folgende Fragen: Wodurch werden die Warenpreise bestimmt? Wodurch wird die Höhe der Arbeiterlöhne bestimmt? Woher stammen die Profite der Kapitalisten? Mit der Beantwortung dieser Frage stellt Marx die Grundgedanken seiner ökonomischen Lehren in kurzer Form dar. Gleichzeitig zeigt er die Bedeutung der Gewerkschaften im Kampf der Arbeiterklasse auf.

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. (. . . .) Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems."

Waagner-Biro/Wien: Erste Aktionen gegen Prämienkürzung

Am Mittwoch, den 18.4., wurde auf einer Betriebsversammlung der Angestellten bekanntgegeben, daß die Firmenleitung die Summe für die traditionelle Leistungsprämie 1978 und 1979 auf 70% kürzen sowie den Auszahlungstermin auf 1979 verschieben will. Ihre „Argumente": Schlechte Wirtschaftslage sowie das 125-Jahr-Jubiläum im nächsten Jahr, wo sowieso ein „Geschenk" fällig wäre, das man sich dadurch ersparen könnte. Der Betriebsrat strebt die Auszahlung der Prämie in voller Höhe an.

Erste Maßnahme nach der Versammlung: Unterzeichnung einer Resolution in den Abteilungen am Donnerstag, worin die Firmenleitung zur Auszahlung der vollen Prämie aufgefordert wird. Bei Ablehnung wird eine Protestversammlung einberufen werden.

Die Resolution wurde auch von Arbeiter-Betriebsräten unterzeichnet und in ihren Abteilungen verbreitet. In der Zentrale in der Margaretenstraße unterzeichneten alle Kollegen sowie der gesamte Betriebsrat außer dem Obmann.

Bewährungshelfer gegen Lohnabbau

Den Bewährungshelfern wurden mittels Bescheid des Justizministeriums die Reisegebühren gestrichen.

Die Reisegebühren, die für Außendienst gewährt wurden, machten zwischen S 1.200 und S 1.800 monatlich aus. Auf einer Protestversammlung, die vom Personalvertreter einberufen wurde, haben sich die Kollegen scharf gegen diesen neuesten Angriff auf ihre Gehälter ausgesprochen und die Rücknahme des Bescheides gefordert. Als nächstes wollen die Kollegen auf einer Gewerkschaftsversammlung die Gewerkschaftsvertreter zur Unterstützung auffordern und beraten, wie dem Lohnabbau entgegengetreten werden kann.

PAJ fordert Beseitigung der Jugendentlohnungsgruppen

Auf ihrem 17. Jugendgewerkschaftstag hat die Privatangestelltenjugend (PAJ) erneut ihre Forderung nach Streichung der besonderen Entlohnungsgruppen für Jugendliche bekräftigt. Nach ihren langjährigen Erfahrungen mit der kampflosen Preisgabe der Jugendforderungen durch die Gewerkschaftsführung haben die Privatangestelltenjugendlichen gleichzeitig die Forderung beschlossen, daß dieser Beschluß bei den laufenden KV-Verhandlungen verwirklicht werden soll.

Am Beispiel Quelle Linz: Neuregelung der Internatsberufsschule notwendig

Jedes Jahr schickt das Versandhaus „Quelle" einige seiner Lehrlinge nach Schärding auf die Internats-Berufsschule. Zwei Monate lang dauert dort die Internierung der Jugendlichen und in der Zeit sollen sie die theoretische Ausbildung für ihren Beruf als Handelsarbeiter erhalten, die andere Lehrlinge sonst an einem regelmäßigen Berufsschultag pro Woche bekommen.

Vor allem die großen Industriebetriebe greifen immer mehr zu der Form der schulischen Berufsausbildung in Internatskursen. Damit reißen sie die theoretische und praktische Seite der Ausbildung völlig auseinander, was ihnen die Ausgangslage dafür schafft, die Vermittlung von wirklichem Wissen über die Produktion bei den Lehrlingen überhaupt einzuschränken, und dafür die Möglichkeiten für die Vernutzung der jugendlichen Arbeitskraft in der Fabrik auszuweiten. Wird es zur selbstverständlichen Regel, den wöchentlichen Berufsschultag eines Jahres auf einen Zeitraum von 8 Wochen, oder auch 6 Wochen, wie das in einigen Branchen der Fall ist, zusammenzuziehen, so haben die Kapitalisten die besten Bedingungen für schärfere Angriffe auf die Ausbildungsbedingungen der Lehrlinge insgesamt. Zwar ist die Arbeitskraft der Lehrlinge in der Zeit der Internatsschule dem Betrieb vollständig entzogen, dafür kann der Kapitalist über sie aber die restlichen Monate des Jahres die ganze Arbeitswoche hindurch verfügen. Außerdem kann im Internat der Unterricht konzentriert und damit die Zeit, wo der Jugendliche im Betrieb ausschließlich für den Kapitalisten arbeitet, ausgedehnt werden.

Den Lehrlingen tritt in der Internatsschule noch deutlicher entgegen, daß heute die Berufsschule unter der Kontrolle des Staates und der Kapitalistenklasse ausschließlich dazu dient, ihnen das „notwendigste" Spezialwissen einzutrichtern und ihnen gleichzeitig Ideologie und Begeisterung für die Ausbeutung und Lohnarbeit einzubläuen. Ist deshalb heute die Berufsschule bei den Lehrlingen zu Recht verhaßt, so ist das die Internatsschule noch mehr. Getrennt von den Arbeitskollegen sind sie dort völlig dem Drill des bürgerlichen Schulwesens unterworfen. Bis zu 48 Wochenstunden Unterricht, strengste Kasernierung mit nur 2 Stunden Ausgang am Tag, zusätzliche abendliche Büffelei unter Staatsaufsicht — das sind die Bedingungen, unter denen ihnen das für die Lohnarbeit nötigste Wissen eingehämmert wird, nicht aber etwa umfassende Kenntnisse über alle Seiten der gesellschaftlichen Produktion. Ob der Lehrling „berechtigt" ist, wenigstens am Ende der Woche dieser Hölle zu entkommen, und nach Hause zu fahren, bestimmen die Quelle-Kapitalisten. Falls man die Erlaubnis des Lehrherrn hat, dann wartet immer noch der Notenknüppel der Schulbürokratie im Hintergrund. Mit einer „3" gibts Heimfahrtssperre. Notenterror und Schikane wird durch das Prämiensystem für gute Noten im Betrieb noch vervollständigt. Indem jene Lehrlinge mit Auszeichnungen einen Geldzuschuß bekommen, sollen die Lehrlinge insgesamt gespalten und so alle miteinander diesen Ausbildungsbedingungen unterworfen werden.

Das ist noch nicht alles. Die Internatsschule kommt teuer. Bezahlen müssen sie grundsätzlich die Lehrlinge selbst. Übersteigen die Internatskosten die Lehrlingsentschädigung von zwei Monaten, dann zahlt der Kapitalist zwar den Rest drauf, den Lehrlingen selbst bleibt aber immer noch kein Schilling, mit dem sie auf ein Bier oder Tanzen gehen oder sich Zigaretten kaufen können. In aller Deutlichkeit merken da die Lehrlinge, daß die sogenannte Entschädigung, die sie in der Ausbildungszeit erhalten, nicht einmal für minimale Ausgaben reicht, sobald sie von der Unterstützung und Versorgung durch den Haushalt der Eltern abgeschnitten sind.

Unter den „Quelle"-Lehrlingen, die nach Schärding zur Berufsschule müssen, hat sich eine Debatte um die Forderung nach einem 3. Lehrlingslohn für die 2 Monate Internatszeit entwickelt. Abwegig ist eine solche Forderung keineswegs. In den Betriebsvereinbarungen anderer Betriebe ist eine solche Regelung für die Lehrlinge bereits durchgesetzt.

Gelingt es den „Quelle"-Lehrlingen, sich um die Forderung nach einem 3. Lehrlingslohn für die Berufsschulzeit im Internat zusammenzuschließen und diese erfolgreich durchzusetzen, so wird sie das sicher im Kampf um einen Lehrlingslohn, der auch tatsächlich zum Leben reicht, voranbringen. Stehen alle „Quelle"-Lehrlinge, auch die, die die wöchentliche Berufsschule besuchen, hinter einer solchen Forderung der Internatsschüler, dann sind die Bedingungen für einen Erfolg nicht schlecht. Die ÖGJ könnte die Auseinandersetzung in der „Quelle" sinnvoll unterstützen, indem sie richtige Forderungen in andere Betriebe und in die Öffentlichkeit bringt. Schließlich trifft die Schulinternierung auch Lehrlinge aus anderen Betrieben, und schließlich ist die Debatte um die notwendige Höhe des Lehrlingslohns eine brennende Frage für alle Jugendlichen, die in Ausbildung stehen. Aber die ÖGJ-Führung denkt offensichtlich eher mit dem Hirn der Kapitalisten als mit dem der Jugendlichen: Sie fordert für die Internatsschulen erstens eine 40-Stunden-Woche und zweitens Zahlung von Überstunden oder Zeitausgleich, wenn es mehr als 40 Wochenstunden sind. Heute **sind** es mehr als 40 Stunden, und das ist zweifellos zu viel. Mehr als 6 Stunden pro Tag durch 60 Tage hindurch ist eine Quälerei. Irgendetwas einpauken ist das Einzige, was man unter solch einem Druck kann. Es liegt auf der Hand, daß der Unterricht, wie er in den Internatsschulen gepflogen wird, die Zeit, Gesundheit und Energie der Jugendlichen nicht nur fruchtlos, sondern absolut schädlich verwüstet.

Betrachtet man also die Forderungen der ÖGJ-Führung, für die sie Unterschriften sammelt, dann kann man nur den Schluß ziehen, es geht ihr gar nicht wirklich um eine 40-Stunden-Woche. Stellt man solche Forderungen auf, dann kann man tatsächlich gar nichts anderes bezwecken, als daß die Lehrlinge für die 8 und mehr „Überstunden" Schulunterdrückung ein paar Schilling in die Hand bekommen, zufrieden sind, und die Forderung nach einem 3. Lehrlingslohn halt sausen lassen. Ähnlich verhält es sich mit der Lehrlingsentschädigung überhaupt: Sicher, unterwerfen sich die Lehrlinge völlig der Ausbeutung durch den Lehrherrn und bolzen Überstunden, dann mögen sie vielleicht auch auf einen Mindestlohn von S 4.000 kommen.

Wichtig ist für die Lehrlinge in der „Quelle", erst einmal ihren ganzen Jugendvertrauensrat auf die Forderungen nach einem 3. Lehrlingslohn zu verpflichten. Dazu sind die Bedingunen günstig, denn einer der Jugendvertrauensräte unterstützt diese Forderung auch. Der andere dagegen, ein strebsamer Sozialdemokrat, der schon mit dem Mercedes in den Betrieb kutschiert, spricht ständig von „Vorsprachen" in den oberen Etagen der Quelle, weiß den Lehrlingen aber von den Ergebnissen solcher Vorsprachen nichts zu berichten. Tatsache ist, daß, wenn man den Jugendvertrauensrat noch länger ohne klaren Auftrag und ohne klare Forderung zu den Chefitäten pilgern läßt, es in Wirklichkeit so ist, daß die Chefität Berichte über die Stimmung unter den Lehrlingen erhält, und die Lehrlinge gerade nicht erfahren, wie die Quelle-Herren jetzt zu ihrer Forderung stehen. Was die „Quelle"-Lehrlinge jetzt tun können, ist, den Jugendvertrauensrat mit einer beschlossenen Forderung im Gepäck und einer entsprechend zum Ausdruck gebrachten Bereitschaft, diese Forderung auch durchzusetzen, zu ihren Lehrherrn zu schicken, und einen Bericht über dessen Haltung dazu zu verlangen. Das würde erst einmal die Fronten deutlich klären und einen guten Ausgangspunkt für das weitere Vorgehen schaffen.

Zelle Quelle/Linz

Zwei Lehrlinge über ihre materielle Lage

Für alle Lehrlinge wird der Kampf um einen Existenzlohn immer mehr zu einer Notwendigkeit. Das im folgenden aufgezeichnete Gespräch mit 2 Lehrlingen zeigt dies deutlich.

„Für mich gibt es vor allem 2 Probleme: Wie komme ich mit dem Geld aus, und was mache ich in der Freizeit? Als Malerlehrling im ersten Lehrjahr verdiene ich monatlich 1.184,-. Davon lege ich 400 auf die Sparkasse — man muß ja auch an die Zukunft denken; die Monatskarte abgerechnet, bleiben ca. 500,- Taschengeld übrig. Damit muß ich für Mittagessen, Kleidung, Schulsachen usw. auskommen. Was mir davon für die Freizeit bleibt, kann sich jeder ausrechnen. Ab Dienstag reichts oft nicht mehr für ein Cola. Wenn meine Eltern die Kosten fürs Heim nicht zahlen würden (S 2.000,- Frühstück, Abendessen), wüßte ich nicht, wie ich meine Lehre fertigmachen könnte. Zuerst wollte meine Mutter einen Teil der Lehrlingsentschädigung haben; wir hatten deshalb oft Streit miteinander. Ihr gehts finanziell auch nicht besonders, und die S 1.000 fürs Heim sind für sie eine Belastung."

Ein Kühlmaschinenmechaniker, 3. Lehrjahr, 2.648,- monatlich, schildert: „Obwohl meine Eltern fürs Heim und die Kleidung aufkommen, kann ich mir kaum etwas ersparen und bin andauernd in finanziellen Schwierigkeiten. Ich brauch fürs Essen ziemlich viel Geld, da ich mir den Hunger nicht bis abends aufheben kann. Wenn ich dann hie und da in ein Tanzlokal (35,- Eintritt, jedes Cola 20,-) oder ins Kino (35,-) gehe, habe ich bald ein Loch im Sack. Sport oder Bücher sind für uns Lehrlinge Luxus. Aktiver Sport oder Besuch von Sportveranstaltungen sind immer mit Ausgaben verbunden.

Einem Freund von mit, er ist Optiker im 3. Lehrjahr, geht es wirklich beschissen. Er kann von zu Hause keine Unterstützung bekommen, muß sich mit 2.520,- selbst erhalten. Ständig hat er Probleme, sitzt allein, weil er mit uns nicht weggehen kann. Schließlich hat er das Heim nicht mehr zahlen können und mußte raus. Ich kenn viele, die in dieser Situation durchdrehen, die Lehre hinschmeißen und als Hilfsarbeiter anfangen. Es kommt auch vor, daß sie einbrechen gehen und auf die schiefe Bahn geraten."

Lohnentwertung seit April 1977: über S 500,-

Wir haben in untenstehender Tabelle versucht, die Entwertung eines Arbeiterlohnes seit der letzten Lohnrunde im Frühjahr 1977 zu berechnen. Benützt haben wir dazu eine Haushaltserhebung der Arbeiterkammer und den Preisindex des statistischen Zentralamtes.

Die erste Spalte in der Tabelle gibt die monatlichen Ausgaben einer Arbeiterfamilie gemittelt über ein Jahr an. Das heißt, die Urlaubskosten z.B. sind auf 12 Monate aufgeteilt. Diese Werte ergeben sich aus Haushaltsbüchern von Arbeiterfamilien aus dem Jahr 76, die von der Arbeiterkammer ausgewertet werden. Natürlich hat sich, bedingt durch Preiserhöhungen und andere Gründe, die Ausgabenstruktur 77, 78 geändert. Aber die Verteilung von 76 ergibt ein einigermaßen realistisches Bild und jeder kann darin vorkommende Ausgaben mit seinen eigenen vergleichen und feststellen, wofür er mehr oder weniger ausgeben muß. So sind z.B. insbesondere junge Arbeiterfamilien gezwungen, das Zweibis Dreifache für Wohnungszins und Instandhaltung auszugeben, was bei 7% durchschnittlicher Wohnungsteuerung einiges an Preissteigerungen ausmacht.

S 9.560 netto monatlich, 14mal im Jahr, mußte diese „Durchschnittfamilie" verdienen, um sich die in der Tabelle angeführten Ausgaben leisten zu können.

In der zweiten Spalte sind die Ausgaben nochmals in Prozentanteilen aufgegliedert.

Die Zahlen der dritten Spalte folgen aus den Preiserhebungen des statistischen Zentralamtes, wenn wir annehmen, daß die Preise bis Juni ganz genauso weitersteigen, wie in den letzten 12 Monaten.

Die vierte Spalte gibt an, um wieviel die jeweilige Warengruppe unter Annahme unseres Indexes teurer geworden ist. Auch diese Beträge kann jeder leicht mit den Preissteigerungen vergleichen, die er selbst zu spüren bekommen hat und bekommt.

Insgesamt mußte also eine Arbeiterfamilie Anfang Juni 77 um S 545,- mehr ausgeben, als Anfang April 76, um sich die gleichen Lebensmittel kaufen zu können.

Wie schauen, im Vergleich dazu, die Lohnforderungen der Gewerkschaftsspitze aus?

In den Verhandlungen mit den Kapitalistenvertretern hat die Gewerkschaftsspitze der Metallarbeiter 6,5% gefordert, nicht ohne hinzuzufügen, daß sie sofort bereit ist, auf 4,5% runterzugehen. In der Nr. 6/78 haben wir am Beispiel von drei Metallarbeitern ausgerechnet, was eine 5%-Lohnerhöhung bringen würde. Die Netto-Erhöhung ergab einen Betrag zwischen 218,- und 342,- im Monat. Selbst wenn wir die geringer besteuerten 13. und 14. Löhne nehmen, steigt der monatlich verfügbare Betrag durch die Lohnerhöhung höchstens um S 250 — 450,-.

Dabei müssen wir aber noch bedenken, daß die S 450,- nur dadurch zustandekommen, daß dieser Arbeiter 20 Überstunden, die ja teilweise nicht versteuert werden, gemacht hat. Schon ein Angebot von 6,5% bedeutet also einen glatten Lohnraub, mit den 4,5% aber würde 100 bis 200 Schilling unter den Preissteigerungen abgeschlossen werden.

Posten	*Ausgaben 76 in S Monat*	*%-Anteil an Ausgaben*	*„Index" April 76 –Juni 77*	*Preisanstieg*
Nahrungs- u. Genußmittel	3.148,-	28,3	4,0	126,00
Tabakwaren	123,-	1,1	0	
Wohnungszins und Instandhaltg.	795,-	7,1	7	56,00
Wohnungseinrichtung	970,-	8,7	3,5	34,00
Beleuchtung u. Beheizung	501,-	4,5	1,25	6,30
Bekleidung, Wäsche, Bettzeug	1.188,-	10,7	4,9	58,20
Reinigung von Wohnung, Wäsche Hausrat	114,-	1	4,5	5,10
Gesundheits- Körperpflege	372,-	3,3	9,9	36,80
Bildung, Sport Freizeit, Urlaub	1.631,-	14,7	5,25	85,6
Verkehrsausgaben	1.622,-	14,5	6,4	104,-
Zusammen	*10.464,-*	*93,9*	*4,9*	*512,-*
sonstige Ausgaben (Geschenke, etc.) Teuerung wie Durchschnitt	684,-	6,1	4,9	33,50
Ausgaben/ Monat	*11.148,-*	*100*	*4,9*	*545,-*

Die geplanten Lohnraubabschlüsse mit 4 oder 5% können durchkreuzt werden

Fortsetzung von Seite 1

wollen sie den Abschluß verschleppen. Vor 1. Juni wollen sie keine Lohnerhöhung akzeptieren. Daß das gewerkschaftliche Verhandlungskomitee der Vertagung bis 10. Mai zugestimmt hat, zeigt, wie die Gewerkschaftsführung mit der größten Selbstverständlichkeit der Verschleppungstaktik der Kapitalisten zustimmt.

Am 1. Juni wären 14 Monate seit dem letzten Abschluß vergangen. Durchschnittlich 3,8% für 14 Monate! Das wären 3,2% aufs Jahr umgerechnet — brutto. 3,2% brutto ergeben etwas über 2% netto. Dem gegenüber hat die Inflation den Lohn seit dem letzten Jahr um weitaus mehr als 2% entwertet. Dazu kommt, daß seit dem letzten Jahr bei allen Arbeitern die Arbeitsintensität, ihre Ausbeutung durch die Kapitalisten, nachhaltig gestiegen ist. Das müßte ebenfalls in Betracht gezogen werden, wenn davon die Rede ist, wieviel Lohnerhöhung notwendig wäre. Ein 3,8%-Abschluß wäre ein blanker Lohnraubabschluß. Sicher: Die Kapitalisten werden 3,8% nicht durchsetzen können. Aber erstens wird es, geht es nach den Vorstellungen der Gewerkschaftsführung, auch nicht viel mehr. Und zweitens zeigt das 3,8%-Angebot, was die Kapitalisten gerne durchsetzen möchten. Man muß die 3,8% als das behandeln, was sie sind. Sie sind eine glatte Provokation!

Die Situation bei den Kollektivvertragsverhandlungen der Metallarbeiter ist nicht sehr viel anders. Die Forderungen der Gewerkschaftsführungen sind 6,5% bei den Metallarbeitern und 6% bei den Industrieangestellten. Eine Mindestforderung gibt es in beiden Fällen nicht. In beiden Fällen will die Gewerkschaftsführung auf 4 — 5% hinuntergehen. In beiden Fällen soll der Abschluß bis Anfang Juni verschleppt werden. Kurzum: In beiden Fällen laufen die Kollektivvertragsverhandlungen nicht auf die Sicherung des Reallohns, sondern auf die Sanktionierung des Reallohnabbaus hinaus. Noch gibt es in diesen beiden Fällen kein offizielles Kapitalistenangebot. Aber es wird sicher nicht höher liegen als das der Chemie-Kapitalisten. Es wird ebenfalls eine Provokation sein.

Eine Provokation darf man bekanntlich nicht unbeantwortet lassen, wenn man nicht weitere Provokationen haben will. Eine gebührende Antwort muß den Kapitalisten erteilt werden. Man muß jede Möglichkeit nutzen und alles tun, um zu verstehen zu geben, daß man Lohnraubabschlüsse nicht hinnimmt, daß sie mit ihren Plänen nicht so leicht durchkommen. Das Angebot der Chemiekapitalisten muß mit der gebotenen Deutlichkeit zurückgewiesen werden. Das selbe wird für das „Angebot" der Metallkapitalisten gelten, mit dessen Bekanntgabe bei der für Freitag angesetzten Verhandlungsrunde zu rechnen ist. Jeder Betriebsratsbeschluß, jeder Beschluß einer Betriebsversammlung, jede Willenserklärung einer Belegschaft, einer Abteilung, einer Halle, einer Werkstätte, eines Bandes, einer Partie oder einer anderen Gruppe von Arbeitern, die sich gegen die Lohnraubpolitik der Kapitalisten richtet, ist wichtig. Am besten ist es, selbständige Forderungen aufzustellen.

— Forderungen nach einem entsprechenden und möglichst hohen Mindestbetrag!

— Und die Forderung: Keine Verschleppung der Lohnrunden!

Jeder Schritt in diesem Sinn ist ein Beitrag, um die Kapitalisten in die Schranken zu weisen und dem Lohnabbau Grenzen zu ziehen. Zugleich schränkt das den Kapitulationsspielraum der Gewerkschaftsführung ein.

Genauso wichtig sind auch die innerbetrieblichen Lohnkämpfe und anderen Aktivitäten, wie es sie in den letzten Wochen gegeben hat und auch gegenwärtig gibt. Über die unmittelbaren innerbetrieblichen Forderungen hinaus haben sie zum jetzigen Zeitpunkt auch eine Bedeutung hinsichtlich der KV-Verhandlungen. Ist die Perspektive miserabler Abschlüsse mit ein Grund solcher Kämpfe und Aktivitäten, so tragen diese umgekehrt wieder dazu bei, eine solche 4% oder 5%-Perspektive zu durchkreuzen.

Die Chancen dafür sind nicht schlecht. Schon lange nicht haben die Arbeiter und Angestellten verschiedener Betriebe so kräftig ihren Interessen und Forderungen Ausdruck gegeben, wie dies jetzt und in den letzten Wochen der Fall ist. Jetzt kommt es auf jede Maßnahme zur Verteidigung des Lohns und der Arbeitsbedingungen an. So geringfügig vielleicht die Wirkung der einzelnen Aktion erscheinen mag, alle zusammen können sie eine bedeutende Kraft bilden.

Red.

Program i statut Komunističkog saveza Austrije

može se dobiti na srpskohrvatskom jezici, cijena 5.- šilinga

Dobija se kod:

Alois Wieser Ges.m.b.H., prodaja revolucionarne literature i ploča, 1042 Wien, Postfach 13

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs, jetzt auch auf serbokroatisch

Preis S 5,-

Erhältlich über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

10 Jahre sowjetische Besatzung der CSSR - Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat

Fortsetzung von Seite 1

schismus der neuen Zaren.

Was wurde seither nicht alles mit dem „proletarischen Internationalismus" begründet! Die Verwandlung einer ganzen Reihe osteuropäischer Länder in Halbkolonien der Sowjetunion, die Verwandlung Kubas in ein Nachschublager für eine Fremdenlegion des Sozialimperialismus zur Unterwanderung und neuerlichen Versklavung der Länder der 3. Welt, die Spaltung des angolanischen Volkes und die Errichtung einer neuen Fremdherrschaft in Angola, der Aggressionskrieg gegen Zaire, die Anstiftung und Ausnutzung des Kriegs zwischen Äthiopien und Somalia, der heutige Kolonialkrieg sowjetischer und kubanischer Truppen gegen das Volk von Eritrea . . . .

Seit dem Einmarsch in die CSSR zieht der russische Sozialimperialismus auf Schritt und Tritt eine Blutspur über die Erde. Vor keinem Verbrechen scheut er zurück, wenn es ihn nur seinem Ziel näher bringt: den US-Imperialismus noch weiter zurückzudrängen, überall seinen Platz im Nacken der Völker einzunehmen, ihn schließlich in einem neuen völkermordenden Weltkrieg zu vernichten und die alleinige Weltherrschaft zu erobern.

Vor 10 Jahren sagte Tschou En-lai, der große proletarische Revolutionär und Staatsführer Chinas, nach der Besetzung der CSSR durch den Sozialimperialismus: **„Daß eine Großmacht so willkürlich einen kleinen Staat niederstampfen kann, bedeutet für diejenigen Leute, die sich dem US-Imperialismus und dem Sowjetrevisionismus gegenüber Illusionen hingeben, eine besonders eindrucksvolle Lehre."** Das gilt heute mehr denn je und eine ganze Reihe weiterer solcher Lehren ist inzwischen hinzugekommen. Der „Klassenkampf" beginnt in dieser Nummer mit einer Serie von Beiträgen, die der Debatte und Verbreitung dieser Lehren dient.

Red.

17. Jugendgewerkschaftstag der GPA: Die Kundgebung für die Klassenversöhnung stand auf schwachen Beinen

184 Delegierte kamen zum 17. Jugendgewerkschaftstag, der am 22./23.4. stattfand. Der Jugendgewerkschaftstag behandelte 56 Anträge und 2 Resolutionen. Die Stellung der Privatangestelltenjugend (PAJ) zu den geplanten Atomkraftwerken war die umstrittenste Frage. Dazu gab es die heftigsten Debatten. Weitere Schwerpunkte des Gewerkschaftstages waren die Arbeitslosigkeit — insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, die Berufsausbildung und schließlich die Entwicklung der PAJ.

Der 17. Jugendgewerkschaftstag widerspiegelt einerseits die Anspannung verschiedener sozialer und politischer Widersprüche. Andererseits aber auch die Fesselung der Jugendlichen durch den Reformismus, die sich in einem verschwommenen Standpunkt, unklaren Zielen und unkonsequentem Vorgehen des Gewerkschaftstages zeigt. Trotz breiten Unmutes gegen das Atomenergieprogramm der Regierung gelang es der PAJ-Führung letztlich doch, einen Beschluß für die Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf durchzusetzen.

Insgesamt muß festgehalten werden, daß der Gewerkschaftstag keine Änderungen in der Politik der Privatangestelltenjugend gebracht hat. Es wurde in keiner Weise mit der Haltung gebrochen, daß als eine Art Ventil für den Unmut der Jugendlichen zwar viel beschlossen wird, diese Beschlüsse aber in der praktischen PAJ-Politik dann keine Rolle spielen. Sämtliche Beschlüsse wurden im Verlauf einer Stunde gefaßt, d.h. auf einen Beschluß kommen ca.60 Sekunden. Gegen Ende der Beschlußfassung über die Anträge ging es bereits so schnell, daß Pro- und Kontrareden zu den einzelnen Anträgen nicht mehr möglich waren und sogar ein Geschäftsordnungsantrag (Auszählung der Gegenstimmen beim Atomkraftwerksbeschluß) „einfach übergangen" wurde.

Die Privatangestelltenjugend soll sich den Kapitalisten unterordnen

Das Hauptziel der Gewerkschaftsführung auf dem Kongreß war es, die Privatangestelltenjugend für ein Bekenntnis zur Regierungspolitik der Unterwerfung der Arbeiterinteressen unter die Kapitalisteninteressen zu gewinnen. Dazu wurde vor allem im Referat des Obmannes der GPA, Dallinger, ein ideologisches Trommelfeuer losgelassen.

So meinte er, in Österreich sei es gelungen das Problem der Arbeitslosigkeit „zu meistern und die Jugendarbeitslosigkeit sei bewältigt". Man müsse zur Bewältigung der Probleme, „Staat und Regierung unterstützen". Verpackt war dies in unzähligen nichtssagenden Versprechungen und Phrasen wie, „man müssen neue Wege und neue Maßnahmen "finden.

Ein Kollege aus Gmünd sagte seine Meinung zur Regierungspolitik: Abwanderung der Bevölkerung um 6,5%. Arbeitslosigkeit 3,6%. Der Durchschnittslohn ist um 23,8% niedriger als landesweiten Durchschnitt. Dies zeige, daß niedrige Löhne keine Arbeitsplätze sichern. Noch billiger könne niemand arbeiten, die Bevölkerung lebe jetzt schon unter dem üblichen Lebensstandard. Auch zeigte er, daß viele Unternehmer vom Staat Millionen bekommen und trotzdem Pleite gemacht haben.

Diese Tatsachen stehen offenkundig im Widerspruch mit der Politik der Gewerkschaftsführung und der Sozialdemokratie. Die Tatsachen wurden aber nicht als Argument für den Kampf gegen die Kapitalistenklasse und die Regierungspolitik, gegen die klassenversöhnlerischen Ansichten Dallingers gebraucht, sondern in Form einer allgemeinen Anklage erhoben.

Gefordert wurde (wie schon am 16.-PAJ-Kongreß): Einbeziehung der Lehrlinge in die Arbeitslosenversicherung. Bezahlung des Versicherungsbeitrages durch die Unternehmer.

Forderungen in Bezug auf die Kollektivvertragverhandlungen

Ein weiterer Zweck Dallingers Referates war, die Privatangestelltenjugend von direkten Forderungen zu den laufenden Lohnrunden abzuhalten. Wie schon erwähnt wurden von der PAJ bereits des öfteren einige solcher Forderungen beschlossen, wie: 5 Wochen Urlaub für Jugendliche, Streichung der Jugendlohngruppen sowie auf dem heurigen Kongreß die 38 Stundenwoche an 5 Tagen für jugendliche Lohnabhängige, doch kommen sie in der praktischen gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht zum Tragen. Bei Kollektivvertragsrunden werden sie von den gewerkschaftlichen Verhandlungskomitees nicht einmal erwähnt.

Zusätzlich zur neuerlichen Forderung nach Streichung der Jugendlohngruppen wurde beschlossen, daß diese Forderungen bei den Kollektivvertragsverhandlungen aufgestellt werden soll.

In Bezug auf die Bezahlung der Lehrlinge wurde jedoch der PAJ-Führung kein Auftrag erteilt, was die Bedingungen für die Kollektivvertragsrunden verschlechtert. Wichtig wäre es gewesen endlich ernst zu machen mit der Verwirklichung der Forderung, daß die Lehrlinge als Existenzlohn 75% von Angestelltenmindestlohn, mindestens jedoch monatlich 4000,- Schilling bekommen.

Entsprechend hätte es für die kollektivvertraglichen Gehaltserhöhungen heißen müssen:

Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen in der Höhe des Schillingbetrages, den der Abschluß für den Angestelltenmindestbetrag bringt.

Obmann Sturmer zur Berufsausbildung!

Eine nachträgliche Verhöhnung aller Jugendlichen, die seinerzeit in der „Aktion 75" für eine umfassende Reform der Berufsausbildung eingetreten waren, stellte das Referat des PAJ-Obmannes Sturmer zu Berufsausbildung dar. Obwohl von der ursprünglichen Aktion 75 fast nichts verwirklicht wurde, stellte er fest, daß die Novelle einen großen Erfolg darstelle, und nun nur noch einige Punkte zu erfüllen wären. Hier nannte er nur den Berufsausbildungsfond und paritätisch besetzte Lehrlingsstellen. Dennoch wurde ein Antrag eingebracht, der forderte, „daß die berufliche Bildung der Oberhoheit der Unternehmerkammern entzogen und ein integrierter Bestandteil des allgemeinen Bildungswesens wird." Kurzerhand wurde von der Antragsprüfungskommission festgestellt, daß der Antrag sehr gut sei und daß bloß noch die paritätische Besetzung der Lehrlingsstellen durch Gewerkschafts- und Kapitalistenvertreter fehle. Ohne Debatte wurde der Antrag ergänzt — Abstimmung — fertig. Wieder eine Forderung der einstigen Aktion 75 „Lehrlingsstellen weg von der Handelskammer" gestrichen. Für die Zukunft, verwies nun Kollege Sturmer auf das „neue" Aktionsprogramm der Privatangestelltenjugend, denn „jetzt müßten bereits weitere Schritte in die 80er Jahre gesetzt werden." Was sind diese weiteren Schritte? All die Zielsetzungen und Vorstellungen, die die Gewerkschaftsjugend schon einmal in die Sackgasse führten, werden nun als „Schritte in die 80er Jahre" ausgegeben. Mit dem „erfolgreichen" Abschluß der „Aktion 75" sind wohl die Jahre 1978, 1979 für die Gewerkschaftsführung schon gelaufen und sie beginnt sich schon Gedanken zu machen, wie sie die kapitalistische Berufsausbildung über die 80er Jahre retten könnte. Aus diesem Traum wird es ein böses Erwachen geben. Gerade die schlechten Erfahrungen der Jugendlichen mit der Aktion 75, sowie mit der „Gesamtschulreform" haben dazu geführt, daß sich der Gedanke an ein einheitliches Schulsystem bis zum 18. Lebensjahr mit polytechnischer (theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde) einheitliche Schulbildung stärker verbreitet.

Zweifellos zeigt der Verlauf des Jugendgewerkschaftstages, daß der Reformismus in Gestalt der Sozialdemokratie in der PAJ weiterhin eine vorherrschende Rolle spielt. Das Bekenntnis des 17. Jugendgewerkschaftstages der PAJ zur Politik der Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Kapitalisteninteressen ist im großen und ganzen gelungen. Doch auf welcher Grundlage steht es? Steht es auf der Grundlage der Überzeugung von der Richtigkeit dieser Politik? Oder ist die Grundlage nicht vielmehr die noch relative Schwäche, der organisierten Politik der Klassenversöhnung die organisierte Politik des Klassenkampfes, deren Notwendigkeit sich in immer mehr Fragen herausstellt, entgegenzusetzen? Die überwältigende Mehrzahl der jugendlichen Gewerkschafter ist heute gelähmt durch den Einfluß des Reformismus, doch allein aufgrund der objektiven und subjektiven Zuspitzung der Klassenwidersprüche erhält die Gewerkschaftsführung immer mehr Schwierigkeiten diesen Zustand zu verlängern. Organisatorische Entwicklung und Zustand der PAJ widerspiegelt dies sehr deutlich. Die Stagnation der PAJ wurde auch auf dem Jugendgewerkschaftstag festgestellt. Die Kontrolle mußte die „schlechte Mitgliederwerbung" kritisieren und vorschlagen, in den Jugendgruppen mehr Platz für politische Aktivitäten und Diskussionen zu geben. Dies entspricht dem Drang der Jugendlichen, einer Verschlechterung ihrer Lage mit dem Mittel der gewerkschaftlichen Organisation entgegenzutreten und ihre Interessen durchzusetzen.

Dieser spontanen Bewegung die Richtung zu weisen, ihre Kraft organisiert zusammenzufassen im Kampf um eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik gegen den ideologischen und organisatorischen Einfluß der klassenversöhnlerischen Gewerkschaftsführung, dabei erwachsen für uns Kommunisten gewaltige und dringende Aufgaben.

Mödling/NÖ: Kampf um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum

Am 24.4. fand in der Mödlinger Fußgängerzone eine aufgrund polizeilichen Verbots als Kulturveranstaltung getarnte Kundgebung für die Wiedererrichtung des Jugendzentrums im Mödlinger Kursalon statt, an der ca. 100 Jugendliche teilnahmen. In diesem Haus, das der Gemeinde gehört, bestand einige Monate lang ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung, das aber am 11.4. im Gemeinderat mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ wieder geschlossen wurde. In Mödling, einer niederösterreichischen Schulstadt mit tausenden Schülern, spielt die Frage des Jugendzentrums eine bedeutende Rolle.

Was waren die Ziele der Jugendlichen, wie haben sie das Jugendzentrum gestaltet? Das erste Ziel hieß Selbstverwaltung. Die Jugendlichen wollten ihre Freizeit in einem eigenen Haus selbst gestalten, unabhängig von den Organen des Staates und den bürgerlichen Parteien. Nur auf diesem Weg der Selbstverwaltung konnte das eigentliche Ziel erreicht werden: den Jugendlichen zu helfen, ihre eigenen Interessen zu erkennen und zu artikulieren. Dazu wurden verschiedene Arbeitsgruppen eingerichtet, die der Vollversammlung regelmäßig berichteten: Frauengruppe, Theatergruppe, Gruppe zur Vorbereitung von Veranstaltungen und Diskussionen etc. Diese Aktivitäten haben den Herren im Gemeinderat nicht gepaßt. Denn die Jugendlichen sind nicht dabei stehen geblieben, einen Diskotheken- und Kaffeehausbetrieb aufzubauen, sie veranstalteten neben Musikveranstaltungen auch Abende mit politischen Themen, so z.B. gegen Kernkraftwerke, gegen die Fristenlösung, eine **Informationsveranstaltung über Uruguay etc.**

Die Gemeinderäte, die das Projekt von Anfang an hintertrieben haben, indem sie z.B. nicht einmal genug Geld für die Renovierung, geschweige denn für den Betrieb des JZ hergaben, (insgesamt gab die Gemeinde 70.000.-S, noch einmal soviel mußten die Jugendlichen durch Spenden aufbringen), suchten immer stärker nach Gründen für eine Schließung. Die fanden sie dann, als eine faschistische Wiener Rockerbande **das JZ überfiel und demolierte. Zuerst** hieß es noch, daß das Gebäude renoviert werde, dann aber wurde der oben erwähnte Beschluß gefaßt. Daraufhin demonstrierten am 14.4. über 200 Jugendliche in Mödling gegen den Gemeinderatsbeschluß und für die Wiedereröffnung des Kursalons.

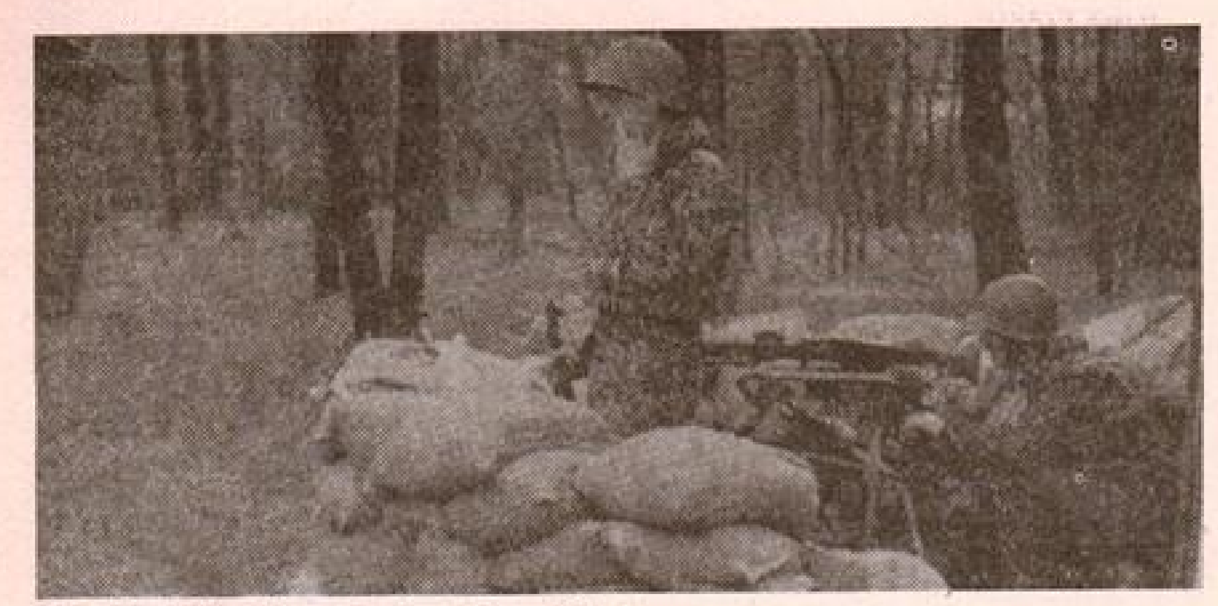
Wie geht es weiter?

Ein Problem besteht darin, daß einige Jugendliche zu pessimistisch sind. Sie glauben, daß die Gemeinde übermächtig ist und deswegen den einmal gefaßten Beschluß nicht mehr rückgängig zu machen braucht. Deshalb sehen es die Aktivisten in der Bewegung als Hauptaufgabe an, die tausenden Jugendlichen in Mödling und in der Umgebung zu informieren und in ihre Kampffront einzureihen. Dazu sind die Herausgabe einer regelmäßig erscheinenden Zeitung sowie diverse Veranstaltungen geplant.

Das Ziel ist klar: das Jugendzentrum im Kursalon muß wieder geöffnet werden, aber diesmal ausreichend renoviert und mit einem angestellten Organisator der Jugendlichen, der von der Gemeinde bezahlt wird, aber nur der Vollversammlung der Jugendlichen rechenschaftspflichtig ist!

Nach Berichten von Mödlinger Aktivisten / Zelle Liesing

Objektschutzübung bei den Halleiner Solvay-Werken



MG-Nest beim Haupttor der Solvay-Werke

Mitte März fand in Hallein wieder eine Übung der „Halleiner Wachkompanie" (Objektschutztruppe des Bundesheeres) statt. Zweck der Übung: „Reibungsloses Zusammenspiel von Einheiten des Bundesheeres mit der örtlichen Gendarmerie im Zuge des Objektschutzes" (Halleiner Zeitung). Das Objekt: Die Fabrik Solvay-Halvic, wo mehrere Hundert Arbeiter PVC herstellen.

Das Werk wurde während der 2 Tage dauernden Übung hermetisch abgeriegelt, das Haupttor mit mehrfachen Stacheldrahtreihen und „MG-Nestern" hinter Sandsäcken versehen. Zivilbevölkerung wurde, wie Arbeiter berichten, rabiat Fahrzeug- und Personenkontrollen unterzogen. Im Laufe der Übung stöberten dann „sattelfeste Soldaten" im Werksgelände den „Feind" („Verdächtige" in Arbeitskleidung) auf und überstellten ihn der Gendarmerie. Die Übungsleitung lag in den „bewährten Händen" von Oberstleutnant Ladinig, in Zivil Angestellter bei Solvay. In der Halleiner Zeitung äußerte sich Bezirkshauptmann Reischenböck sehr zufrieden über sein „Sicherheitskontingent".

Vor wem muß das „Objekt", die Solvay-Halvic geschützt werden? Vor den Arbeitern, die diese Fabrik aufgebaut haben? Offiziell ist es Aufgabe der Objektschutzeinheiten, Betriebe (auch E-Werke, Telefonzentralen usw) vor „Katastrophen und bewaffneten Konflikten" zu sichern. Ein solches Objekt ist z.B. auch der Chiemseehof, Sitz der Salzburger Landesregierung. Nachdem dort vor ein paar Jahren eine Demonstration von 200 Mietern stattgefunden hatte, wurde Objektschutz geübt, natürlich nicht vor den Augen der Stadtbevölkerung, sondern auf dem Gaisberg. Um was für eine Katastrophe muß es sich wohl handeln, wenn z.B. der Salzburger Schlachthof in Bergheim durch MP bewaffnete Polizeieinheiten von streikenden Bauern gesäubert wird?

Solche Situationen, „Katastrophen", faßt die Kapitalistenklasse gerne mit den Worten „Innere Unruhen" zusammen und versteht darunter Zeiten, in denen ihre auf Ausbeutung fremder Arbeit beruhende Existenz, ihre Profitwirtschaft ins Wanken gerät.

„Zur Zufriedenheit" der Bourgeoisie mag es aber wohl nur bei solchen Übungen laufen, wo der Feind aus „politisch Einwandfreien" und nicht aus revolutionären Arbeitern besteht.



Ein „Verdächtiger" wird im Werksgelände „gestellt und abgeführt"



„Übernahme von Gefangenen" durch die Gendarmerie

Regierungsvorlage zur Scheidungsreform: Heuchelei und Zynismus

Bis Mitte Mai will die SP-Regierung ihren Vorschlag für die „kleine Scheidungsreform" im parlamentarischen Justizausschuß durchgebracht haben und in den Hauptausschuß des Nationalrats bringen. Das erklärte SP-Justizsprecher Blecha am 4. April. Justizminister Broda hat nun einen endgültigen Entwurf für die Gesetzesänderung der Öffentlichkeit vorgelegt.

Was ist die „kleine Scheidungsreform"?

Die „kleine Scheidungsreform" besteht aus nichts sonst als aus einer Abänderung des § 55 des Ehegesetzes, das die Scheidung bei „Auflösung der ehelichen Gemeinschaft" regelt. Er hält fest, daß nach dreijährigem praktischen Nichtbestehen einer Ehe unter der Voraussetzung, daß ihr Bestand nicht mehr hergestellt werden kann, jeder Ehepartner die Scheidungsklage einbringen kann sowie daß der beklagte Ehepartner dieser Scheidung widersprechen kann, wenn der klagende Ehepartner die Scheidung „verschuldet" hat. In der neuen Regierungsvorlage finden sich als Neuerungen gegenüber dem geltenden Gesetz erstens, daß das Gericht entscheiden soll, ob der Bestand einer praktisch bereits nicht mehr bestehenden Ehe nicht doch wiederhergestellt werden kann, zweitens, daß die Scheidung verweigert werden soll, wenn sie den beklagten Ehegatten härter trifft als den klagenden, und drittens, daß jedoch nach sechs Jahren einer sogenannten „Papierehe" einer Scheidungsklage in jedem Fall stattzugeben ist.

Warum Scheidungsreform?

Jede vierte in Österreich geschlossene Ehe endet vor dem Scheidungsgericht. Den jährlich um etwa 46.000 neugeschlossenen Ehen stehen im gleichen Zeitraum über 10.000 geschiedene Ehen gegenüber. Das heißt natürlich nicht, daß jedes vierte Paar in Österreich die Ehe bereits mit dem Vorsatz eingeht, sich wieder zu trennen. Vielmehr ist die hohe Scheidungsrate Ausdruck der großen Belastung, denen Familien unter den heutigen Verhältnissen ausgesetzt sind. Die Übel des Kapitalismus, wie Lohndrückerei, Akkord-, Überstunden-, Schicht- und Nachtarbeit, Wohnungsnot, Kindergartenmangel, Drohung durch Arbeitslosigkeit, sind verantwortlich für die vielfach nicht mehr rückgängig zu machende Zerrüttung tausender Ehen. Was ständig Zehntausende Menschen quält, das macht der Staat zum Ansatzpunkt seiner Bevormundung, Schikanierung und Kontrolle. Sein Eherecht spricht den Menschen das Recht ab, Probleme, die innerhalb einer Ehe nicht mehr zu lösen sind, selbst zu entscheiden. Es bedarf wohl kaum vieler Worte, um darzustellen, welche Macht der Staat auf Grund des Scheidungsrechtes über die einzelnen Menschen in den Fragen ihres materiellen Besitzes, der Erziehung ihrer Kinder, der Neugestaltung ihrer persönlichen Verhältnisse hat, und was es bedeutet, sich in persönlichen Angelegenheiten nach peinlichem Verhör über die intimsten Fragen der Entscheidung eines Richters zu unterwerfen, der niemandem sonst verantwortlich ist als sich selbst, und mit dem man nichts, aber auch gar nichts, zu tun hat.

Es ist klar, daß es gerade in Fragen des Scheidungsrechtes dem Staat schwer fällt, als gerechter Schlichter von Streitigkeiten aufzutreten, und daß gerade hier sein unterdrückerisches Wesen relativ offen für alle zutage tritt. Das zu übertünchen, entspricht voll und ganz der reaktionären Politik der SP-Regierung. Mit ihrer Scheidungsreform will sie den Eindruck erwecken, daß man der Empörung der Volksmassen Rechnung trägt, die ungerechten Verhältnisse ändert.

Heuchelei und Zynismus

Mit diesen drei Worten läßt sich umschreiben was in der letzten Zeit, seit dem neuen Regierungsvorschlag, die Debatte der bürgerlichen Politiker und Funktionäre um die Scheidungsreform zum Ausdruck gebracht hat.

Wie sehr die Reform die Unmündigkeit der Volksmassen dem Staat gegenüber ausbauen soll, kommt am besten darin zum Ausdruck, wenn Broda erklärt: „Die Interessen der Betroffenen werden besonders durch die richterliche Pflicht zur umfassenden Abwägung aller Lebensumstände der Ehegatten und der Kinder Berücksichtigung finden. Das nützt den Familien und der Einrichtung der Ehe." In ähnlicher Weise hat sich SP-Klubobmann Fischer geäußert: „Die Scheidungsreform soll den Richtern mehr Möglichkeiten geben, auf den Einzelfall Rücksicht zu nehmen, jedoch im Rahmen klarer, sachlicher und zahlreicher Grenzen durch das Gesetz." Ist das nicht Heuchelei und Zynismus, auf den Wunsch der Massen, ihre Angelegenheiten selbst entscheiden zu können, hervorzuheben, daß ihren Interessen am Besten durch die richterliche Pflicht der besonders genauen Ausfragung und Abwägung ihrer persönlichen Verhältnisse entsprochen wird? Beweist dies nicht auch der Kommentar des Präsidenten der österreichischen Richtervereinigung Jesionek, der zufrieden erklärt, die neue Regierungsvorlage sei, „ein praktikabler Vermittlungsvorschlag, der dem Richter eine bessere Entscheidungshilfe in die Hand gibt"? Und ist nicht die Orientierung der SP Regierung in der Frage, wer über die persönlichen Angelegenheiten der Massen entscheiden soll, klar, wenn Broda sagt: „Die neue geplante Regelung wird den Richtern eine große Verantwortung für eine lebensnahe und zügige Entscheidung auferlegen"?

Verstärkte Einschaltung der Gerichte

„Teilreformen berühren nur einen verhältnismäßig kleinen Raum der Gesamtrechtsordnung, sie ermöglichen schon aus diesem Grund eine Erneuerung des Rechts, ohne in einem großen Gebiet einen Bruch zu verursachen", heißt es in einer älteren Broschüre des Justizministeriums zum Thema „Kleine Scheidungsreform".

Dies gibt gut die Marschrichtung der Regierung an: das Eherecht grundsätzlich aufrechterhalten - dort wo es nicht anders geht, kleine Reformen durchführen.

Die „Papierehe" ist ein Produkt des geltenden Scheidungsrechtes. Gäbe es eine völlige Freigabe der Ehescheidung - gäbe es keine „Papierehen". Der Staat selbst ist es, der die Menschen zwingt, Ehen, die praktisch nicht mehr existieren, mit allen rechtlichen Konsequenzen aufrechtzuerhalten, da es für sie keine konkrete Scheidungsmöglichkeit gibt.

Wenn heute heuchlerisch gesagt wird, man wolle diesen Menschen helfen, so können wir nur sagen: Die einzige Hilfe für die Volksmassen in dieser Frage ist die völlige Freigabe der Ehescheidung. Die einzige Hilfe ist es, wenn das Volk das Recht hat, sich selbst zu helfen

Für die Rücknahme des Pädagogikums

Seit langem gibt es unter den Studenten Bestrebungen, das Lehramtsstudium (die Ausbildung für Mittelschullehrer) mit dem Sammeln praktischer Erfahrungen im Unterricht zu verbinden. Scheinbar an solche Bestrebungen anknüpfend, arbeitete das Wissenschaftsministerium Anfang 1974 einen Verordnungsentwurf aus, der die theoretische und praktische pädagogische Ausbildung für Lehramtsstudenten als Teil ihres Studiums an der Hochschule regeln soll, das sogenannte Pädagogikum. Wenn ein Teil der Studenten sich eine Verbesserung der Ausbildung erhofft hatte, so wurde er gründlich enttäuscht. Zwar sieht der Entwurf des Ministeriums ein sogenanntes „Schulpraktikum" vor, doch die Bedingungen, unter denen es abgelegt werden soll, bringen das genaue Gegenteil einer Verbesserung der Ausbildung. Während des Schulpraktikums sollen die Studenten dem Rohrstock der Schulbehörden ausgeliefert werden. Der Zeitpunkt für die Ablegung des Praktikums ist starr festgelegt. Die Schulen, an denen das Praktikum abzulegen ist, werden ebenso wie die Praktikumslehrer von der Schulbehörde bestimmt. Das Praktikum soll benotet werden, und die Noten geben eine Grundlage für die Benotung des Pädagogikums ab, das darüberhinaus aus Lehrveranstaltungen über die Methodik des Unterrichts im allgemeinen und auf das Studienfach bezogen besteht. Ablegung des Pädagogikums soll zur Voraussetzung für die Fortsetzung des Lehramtsstudiums gemacht werden. Für die Studenten bedeuten die Bestimmungen des Entwurfs verstärkte Reglementierung des Studiums, verstärkter Leistungsdruck, praktische Verlängerung der Studiendauer, Verlust der Semesterferien und vor allem gesteigerte Selektion zu einem frühen Zeitpunkt im Studium – Lehramtsstudenten, die den Schulbehörden „ungeeignet" erscheinen, können ausgesiebt werden.

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Entwurfs des Ministeriums kommt es deshalb zu Protestaktionen. Eine breite Bewegung gegen das Pädagogikum entfaltet sich. Komitees und andere Initiativen von Studenten werden gebildet, die überwältigende Mehrheit der Studentenvertreter spricht sich gegen den Entwurf aus. Schon bald brechen die Widersprüche unter den Studenten auf. Während die Studenten auf Kampfmaßnahmen drängen, will sich die von der ÖSU (Österreichische Studenten-Union, Studentenorganisation der ÖVP) gestellte Führung der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) auf Verhandlungen mit dem Ministerium verlegen. Trotzdem beschließt in Wien eine Hörerversammlung die Durchführung einer Demonstration, und am 20.Juni 1974 demonstrieren über 800 Studenten gegen den Pädagogikumsentwurf der Regierung. Die ÖH distanziert sich.

Im Lauf der Zeit wird es auch für die ÖH-Führung klar, daß sie auf dem eingeschlagenen Weg nichts anderes erreicht, als sich völlig von den Studenten zu isolieren. Die Regierung übt sich in Hinhaltetaktik, arbeitet neue Entwürfe aus – aber die Hauptpunkte, die den Widerstand der Studenten hervorgerufen haben, bleiben unverändert. Im Jänner 1975 ruft schließlich die ÖH zu einem eintägigen Warnstreik unter der Hauptparole „Gegen das Pädagogikum" auf, der nach Angaben der ÖH lückenlos befolgt wird.

Daraufhin verlegt sich das Ministerium neuerlich darauf, die Zeit für sich arbeiten zu lassen. Die ÖH-Führung ist nun dem entgegen. Sie ist mit Verhandlungen und der Begutachtung von Entwürfen genügend beschäftigt, nachdem sie mit dem Vorlesungsstreik gezeigt hat, daß die „Studenten hinter ihr" stehen.

Zwar arbeiten noch längere Zeit verschiedene Komitees, aber in der Bewegung gegen das Pädagogikum macht sich die Orientierungslosigkeit breit. Da das Ministerium den Studenten nicht einmal neue Entwürfe auf den Tisch knallt, die Bewegung aber nur von der einen negativen Losung „Gegen das Pädagogikum" zusammengehalten wurde, zerfällt sie. Bis ins Jahr 1976 kommt das Pädagogikum noch in Zusammenhang mit verschiedenen anderen Fragen zur Sprache, etwa mit dem Lehrerstop. Danach wird es völlig still.

Am 31.März 1977 kann das Wissenschaftsministerium seine Verordnung erlassen: „Studienordnung für die pädagogische Ausbildung für Lehramtskandidaten" – das Pädagogikum.

Mit dieser Niederlage, die die Studentenbewegung hinnehmen mußte, ist der Widerstand gegen das Pädagogikum jedoch nicht erloschen. Der Kampf der Lehramtsstudenten um ihre Studienbedingungen ist vielmehr in eine neue Etappe getreten.

Was sind nun die Ziele dieses Kampfs? Die wesentlichen Bestimmungen der Verordnung über das Pädagogikum sind vom ersten Entwurf bis heute die gleichen geblieben. Es sind dies:

*Eine drastische Erhöhung der Pflichtstundenzahlen (d.h. der Lehrveranstaltungen, die auf jeden Fall besucht und über die Zeugnisse vorgelegt werden müssen) in der allgemein-pädagogischen und fachdidaktischen Ausbildung.

*Eine Festlegung des Zeitpunkts, zu dem der praktische Teil des Pädagogikums abgelegt werden muß und eine Verbindung dieses praktischen Teils mit theoretischen Lehrveranstaltungen zu einem „Block", und zwar am Ende der Weihnachtsferien der Schulen mit einer Dauer von acht Wochen für den zweiten Teil des Praktikums.

*Vergabe der Praktikumsplätze durch das Unterrichtsministerium, d.h. durch die Schulbehörden.

*Bestimmung der Praktikumslehrer durch Wissenschafts- und Unterrichtsministerium gemeinsam, ohne Wahlmöglichkeit der Studenten.

*Beurteilung (Benotung) des Praktikums.

Im Kern hat sich also an der Pädagogikumsverordnung seit dem ersten Entwurf 1974 nichts geändert. Die erste Frage, die sich heute den Lehramtsstudenten stellt, ist: sollen sie das Pädagogikum als gegeben hinnehmen und lediglich gewisse Verbesserungen fordern oder sollen sie dessen Rücknahme verlangen? Tatsächlich gibt es Kräfte in der Bewegung der Lehramtsstudenten gegen das Pädagogikum, die folgende Meinung vertreten: Die verschiedenen Bestimmungen des Pädagogikums brächten zwar Nachteile für die Studenten, der Grundgedanke eines Schulpraktikums sei jedoch gut, und daher könne man das Pädagogikum nicht rundweg ablehnen. Wer eine solche Meinung vertritt, übersieht, welche Sorte von Praktikum das Pädagogikum bringt – eine Sorte, die nicht das geringste mit dem berechtigten Wunsch der Studenten zu tun hat, die erworbenen Kenntnisse und Vorstellungen praktisch zu erproben und kritisch zu überprüfen. Genau das Gegenteil soll nach dem Wunsch der Regierung jetzt geschehen: es soll möglichst frühzeitig im Studium überprüft werden, wie weit die einzelnen Lehramtskandidaten bereit sind, sich den Richtlinien des bürgerlichen Staates im Unterricht zu unterwerfen – Sprüche zu klopfen von den Vorzügen der „freien Marktwirtschaft" und der „westlichen Demokratie", von den Vorteilen der Frömmigkeit und der Buchstabengläubigkeit an die Pamphlete, die als „wissenschaftlich" ausgegeben werden, und bei alledem immer den Daumen auf den Schülern zu halten, damit sie, angeheizt von all diesem Unsinn, nicht überkochen. Das ist die „pädagogische Eignung", die hier überprüft und benotet werden soll. Wenn es also schon mit der praktischen Erprobung der eigenen Vorstellungen nicht weit her ist, wie sieht es dann mit der kritischen Überprüfung aus? Zu dem Zweck werden Pflichtstunden verdreifacht, wird ein genau abgesteckter Studiengang eingeführt und auf einen bestimmten kurzen Zeitabschnitt des Studiums eingeschränkt, damit diese kritische Auseinandersetzung nicht erfolgt. Und obendrein, damit alle diese Maßnahmen auch sicher wirken, werden die entsprechenden Schikanen, die geeigneten Willkürakte gegen Studenten, die sich nicht beugen wollen, gleich in der Verordnung des Ministeriums vorgesehen: die passende Außenstelle in 300km Entfernung oder der geeignete Praktikumslehrer werden sich für die Schulbehörden schon finden lassen.

Sosehr man also wünscht, daß die Lehramtsstudenten während des Studiums praktische Erfahrungen im Unterricht – aber auch im Zusammenschluß mit Eltern, Schülern, Lehrern gegen den bürgerlichen Staat – sammeln können, und sosehr man wünscht, daß sie sich mit diesen Erfahrungen im Rahmen des Studiums kritisch auseinandersetzen – ebensowenig kann man auch nur ein Jota von dem in der Pädagogikumsnovelle angelegt finden. Soll die Bewegung für die Verbesserung der Studienbedingungen der Lehramtsstudenten erfolgreich sein, kann sie deshalb nicht umhin, die Forderung „**Rücknahme des Pädagogikums**" zu erheben.

Weil die Lehramtsstudenten gute Gründe für die Ablehnung des Pädagogikums haben, und weil sie nicht zurück zu den alten Studienbedingungen wollen, müssen sie weitere Forderungen aufstellen, die ihre Ziele zum Ausdruck bringen.

—Gegen die drastische Vermehrung der Pflichtstunden in der allgemein-pädagogischen und fachdidaktischen Ausbildung!

—Freie Wahl des Zeitpunkts, des Orts und des Lehrers für das Schulpraktikum!

—Keine Benotung des Schulpraktikums!

Der Kampf der Lehramtsstudenten gegen das Pädagogikum ist einer von vielen Kämpfen der Studenten gegen die reaktionäre Formierung des Studiums, für die Verbesserung der Studienbedingungen. In allen diesen Kämpfen treten wir Kommunisten für das Recht der Studenten ein, ihre Studienbedingungen durch ihre gewählten Vertreter mit dem Staat vertraglich zu vereinbaren.

Für die Arbeiterklasse und das Volk ist es nicht gleichgültig, welche Art von Lehrern ihre Kinder ausbilden. Sie haben alles Interesse daran, daß die angehenden Lehrer im Zuge ihrer Ausbildung praktische Erfahrungen an den Schulen gesammelt und diese Erfahrungen kritisch verarbeitet haben. Sie haben nicht das geringste Interesse an Duckmäusern, wie sie der Staat haben will, damit sie ihre Schüler ebenfalls zu Duckmäusern machen. Und deshalb haben die Arbeiterklasse und das Volk das allergrößte Interesse daran, daß die Lehramtsstudenten von heute und die Lehrer von morgen jetzt lernen, sich gegen den bürgerlichen Staat und seine reaktionären Maßnahmen zur Wehr zu setzen und so Erfahrungen sammeln für die größeren Kämpfe, die noch kommen werden und in denen sie gemeinsam mit ihren Kollegen, mit ihren Schülern und deren Eltern marschieren sollen.

Red.

Resolution zur Arbeit unter den Studenten

„Für die Masse der Studenten bedeutet das Studium Ausbildung ihrer Arbeitskraft zum Zweck ihres Verkaufs. Sie verbinden damit zumeist den Wunsch, durch wissenschaftliche Erkenntnis zum gesellschaftlichen Fortschritt beizutragen. Das Streben nach einer diesen Zwecken entsprechenden Ausbildung ist vollkommen gerecht. Seiner Verwirklichung steht die Herrschaft der Bourgeoisie und deren damit verbundene Kontrolle über das Bildungswesen entgegen; sie gesteht den Studenten nicht zu, mehr an Kenntnissen und Fähigkeiten zu erwerben, als für einen Lohnabhängigen mit beschränktem Aufgabengebiet nötig ist und verbindet diese Beschränkung mit der Forderung, einen Großteil des Studiums auf das Erlernen von Unterwürfigkeit und Respekt gegenüber der Kapitalsherrschaft zu verwenden. (....)

Den Kern der Mitte der 60er-Jahre eingeleiteten Studiumreform, die in AHStG, UOG, den besonderen Studiengesetzen, den Studienordnungen und Studienplänen niedergelegt ist, bilden eine verstärkte Reglementierung des Studiums, verschärfte Disziplinierung der Studenten, verschärfte Auslese und Verkürzung der durchschnittlichen Studiendauer. (....)

Wesentlicher Inhalt des Kampfs um die Studienbedingungen ist die Sicherung der Möglichkeit zum Erwerben wissenschaftlicher Kenntnisse und zur kritischen Auseinandersetzung mit ihnen. Deshalb muß der Kampf um die Studienbedingungen eng verbunden werden mit der kritischen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft. Ebenso muß er verbunden werden mit der Anprangerung und Aufdeckung der Fesselung und Knebelung der Wissenschaft durch die Bourgeoisie und der Notwendigkeit ihres Sturzes.

Wenn die Kommunisten den Kampf um die Studienbedingungen auf diese Weise revolutionär und nicht wie bisher bloß als konsequente Gegner der Studienreform führen, haben sie gute Voraussetzungen geschaffen, Reformismus und Revisionismus in dieser Bewegung zu schlagen und der Bewegung der Studenten gegen den bürgerlichen Staat im Kampf um die Studienbedingungen zu einem neuen Aufschwung zu verhelfen."

Resolution zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten
In: **Dokumente der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs**
150 Seiten Preis S 50,-
Auch als **Separatdruck** erhältlich:
16 Seiten Preis S 2,-
Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13.

Laut Regierungsbericht soll Zwentendorf ab August 78 laufen

Den Kampf verstärken, den Volkswiderstand allseitig entwickeln

Zwar ist die Parlamentsdebatte über AKW neuerlich verschoben, nun auf Ende Mai/Anfang Juni, zwar sind sich die Parteienunterhändler im Parlamentsunterausschuß alles andere als über einen Entschließungsantrag einig, und behauptet die Regierung neuerdings, über die Inbetriebnahme selbst müsse ohnehin nur sie befinden – aber hinter diesem wechselvollen Schauspiel laufen alle Vorbereitungen für eine Aufnahme des radioaktiven Betriebs in Zwentendorf mit August 1978, wie es im Regierungsbericht bis dato unwiderrufen prophezeit wird. Im Hinblick darauf werden auch in letzter Zeit mit doppelter Hektik verschiedene Müllager- und -aufbereitungsprojekte und -verträge verfolgt und betrieben. Im Hinblick darauf laufen auch die verschiedenen Propagandabemühungen wie etwa die massenhafte Verteilung, insbesondere an Schulen, einer Hochglanzbroschüre des Gesundheitsministeriums.

Wie diese Schlacht um das AKW Zwentendorf ausgeht, entscheidet zwar nicht den ganzen Krieg gegen das AKW-Programm der Regierung, beeinflußt aber doch nachhaltig die Bedingungen, unter denen dieser Krieg fortgesetzt wird. Dem Schlachtplan zugrundegelegt werden muß, ob eine Verhinderung der Inbetriebnahme im Sommer 1978 möglich und realistisch ist.

Wir denken, daß dieses Kampfziel erreichbar und realistisch ist, wenn die Bewegung die günstigen Bedingungen zur Entfaltung des Widerstands nützt, wenn die Bauern und die gesamte werktätige Bevölkerung in den unmittelbar betroffenen Gebieten hartnäckig und geschlossen Widerstand gegen das erste und zweite AKW und gegen die Müllagerung leisten, wenn sich Arbeiter und Bauern im Kampf gegen das AKW-Programm fest zusammenschließen, wenn der Widerstand der Volksmassen allseitig gestärkt und zum Ausdruck gebracht wird. Bis zum heutigen Tag ist die Inbetriebnahme des ersten AKW verzögert und verhindert worden, sind die Probebohrungen und Versuche zur Installierung eines Atommüllagerortes erfolgreich behindert und zurückgewiesen worden, mußte der Baubeginn in St. Pantaleon vorerst aufgeschoben werden. Das alles ist auf den aktiven Kampf von über 10.000 Menschen zurückzuführen und auf den breiten Widerstand im ganzen Volk, auf den sich dieser Kampf stützen konnte. Dieser Kampf behinderte massiv die Durchführung des staatlichen AKW-Programms, aber das Programm ist noch nicht zu Fall gebracht, die Regierung versucht bei jeder Gelegenheit und mit allen Mitteln, bei der Durchsetzung dieses Programms weiterzukommen. Im Mittelpunkt dieser Bemühungen steht die Absicht, im ersten AKW im Sommer 1978 den radioaktiven Betrieb aufzunehmen. Demgegenüber muß die Bewegung gegen AKW eine kraftvolle Offensive gegen das imperialistische AKW-Programm entfalten. Ein Jahr nach der Tullner Konferenz der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) kann die Bewegung auf große Kämpfe und Erfolge zurückblicken. Aber jetzt sind weitergehende qualitative Fortschritte notwendig.

Nicht Stagnation, sondern ein Vormarsch der Bewegung kennzeichnet die Lage

Nach der Demonstration vom 9. April, die zahlenmäßig hinter früheren zentralen Demonstrationen etwa um ein Fünftel zurückblieb, denken einige Aktivisten der Bewegung gegen AKW, daß dies einen allgemeinen Rückgang signalisiere und man überhaupt auf ganz andere Kampfmethoden „umsteigen" müsse. Diese Haltung ist zum einen nicht richtig und übersieht die tatsächlichen qualitativen Fortschritte der Bewegung, zum anderen wird eine dringend notwendige Aufgabe angesprochen, nämlich die Arbeit in verschiedenen gesellschaftlichen und geographischen Bereichen in die Breite und in die Tiefe zu entwickeln, den Widerstand unter breitesten Volksmassen zu entwickeln, ohne daß dies im Widerspruch zu den nächsten Kampfaktionen stünde, sondern deren Gewicht und Schlagkraft wesentlich erhöhen wird.

Wie ist nun die Lage und was brachte die Demonstration am 9. April zum Ausdruck?

Die sozialdemokratische Propagandawalze in Betrieben und Gewerkschaften ist merklich angekratzt, der 9.4. brachte – auch wenn dies erst Ansätze sind – deutlich wie keine Aktion zuvor den wachsenden Widerstand unter den Arbeitern und Lohnabhängigen zum Ausdruck. Die Bauern sind im Erwachen, haben sich im Tullnerfeld in jüngster Vergangenheit zu Hunderten an Versammlungen beteiligt und mehrere Dutzend kamen zum Großaktionstag nach Wien. Auch in Vorarlberg nimmt der breite Widerstand gerade in jüngster Zeit wieder organisierte und aktive Formen an. Zahlreiche Schulen sind zu festen Stützpunkten der Bewegung geworden, an vielen weiteren sammeln sich gerade Schüler und Lehrer zum Widerstand gegen das AKW-Programm.

Die Österreichische Hochschülerschaft hat zentral zur Teilnahme am 9.4. aufgerufen.

Und die Regierungspartei kann nicht einmal mehr ihre eigenen Jugendorganisationen vom offenen Protest und Widerstand abhalten, wie eine mehrheitlich angenommene Resolution der Bezirkskonferenz Favoriten der Wiener Sozialistischen Jugend und die Teilnahme mehrerer SJ-Gruppen am Großaktionstag beweisen.

Das sind aber nur einige der hervorstechendsten Anzeichen für die qualitativen Fortschritte der Bewegung und für die guten Bedingungen zur Organisierung ihres weiteren Vormarsches, wofür der 9.4. eben ein erster Auftakt war.

Die wichtigsten Kampfschritte in der nächsten Zeit: Aktionen gegen die Parlamentsdebatte sowie Regionaldemonstrationen im Juni

Schon die letzte gesamtösterreichische Delegiertenkonferenz der IÖAG hat die Durchführung von Protestaktionen am Tag der Parlamentsdebatte beschlossen.

Am Tag der Parlamentsdebatte über AKW geht es darum, die Beschlußfassung massiv zu stören, jeden Beschluß des Parlaments für die Inbetriebnahme und das AKW-Programm von der ersten Stunde seines Bestehens an abzulehnen, zu bekämpfen, zu durchbrechen.

Gegenüber dem Parlamentsbetrug wird die schon am 9. April erhobene Forderung im Mittelpunkt stehen, nicht die Regierung, nicht das Parlament, sondern das Volk soll entscheiden, darum: Volksabstimmung! In Wien selbst wird am Tag der Parlamentsdebatte auch die „Bannmeile" niemanden vom Marsch aufs Parlament abhalten können. Es ist so, wie es der Bauer aus Whyl am 9.4. vor dem Parlament gesagt hat: Die Strahlen des Atomkraftwerks machen vor der „Bannmeile" nicht halt – warum sollen sich tausende Demonstranten von einer „Bannmeile" abhalten und einschüchtern lassen? Die Herren Parlamentarier werden bei der Parlamentsdebatte über AKW nicht ungestört diskutieren und beschließen können.

In der IÖAG wird gegenwärtig der Vorschlag diskutiert, am 11. Juni, das wäre ein Jahr nach der ersten zentralen Demonstration in Zwentendorf, regionale Demonstrationen in Vorarlberg, St. Pantaleon und Zwentendorf, eventuell auch eine im Waldviertel, durchzuführen. Das ist ein guter Vorschlag. Die zeitlich koordinierten Aufmärsche sollen insbesondere den Widerstand in den unmittelbar betroffenen Gebieten, vor allem im Tullnerfeld, stärken und organisieren helfen, was für spätere direkt gegen die Inbetriebnahme gerichtete Aktionen äußerst wichtig ist. Die koordinierten regionalen Aufmärsche sollen die bisher größte Zahl gleichzeitig gegen das AKW-Programm in Österreich demonstrierender Menschen auf den Plan rufen.

Neben den erwähnten späteren Aktionen direkt gegen die Inbetriebnahme wird es in nächster Zeit auch noch notwendig sein, gegen die Stadtgemeinden und Landesregierungen und ihre Beteiligungen am ersten und/oder zweiten AKW zu kämpfen. Bisher hat die Bewegung diesen Kampf erst in Vorarlberg mit beachtlichem Erfolg aufgenommen.

Den Volkswiderstand allseitig stärken und zur Geltung bringen

Hier ist es notwendig, begonnene Initiativen mit Schwung weiterzuentwickeln und neue zu starten.

Schwungvoll weiterentwickelt werden sollte die mit der Gewerkschafterkonferenz im März und die organisierten Teilnahme von Betriebsräten und Kollegen aus Betrieben begonnene Arbeit der IÖAG in Betrieben und Gewerkschaften:

Aufbau von Betriebsgruppen der IÖAG; weiterer Aufbau des Kontaktkomitees der Gewerkschafter in der IÖAG, Verbindung mit Betriebsräten und Gewerkschaftern in den unmittelbar betroffenen Gebieten; Beschlüsse und organisierte Meinungsbildung gegen das AKW-Programm auf den unteren und mittleren Gewerkschaftsebenen; usw.

Intensiv aufgenommen werden muß die Arbeit unter den Bauern der unmittelbar betroffenen Gebiete, insbesondere durch Impulse und im Rahmen der IÖAG, Verstärkung des „Initiativ"-Verkaufs, Herstellen organisierter Verbindungen, Herausgabe eines Aufrufs der IÖAG, der sich speziell an die Bauern wendet, usw.

An den Schulen soll die begonnene Arbeit fortgesetzt und systematisch ausgeweitet werden: Aufbau von Schüler- und Lehrergruppen an den fortgeschrittensten Schulen; örtliche oder regionale Schüler-/Lehrerversammlungen; und in manchen Orten und Gebieten kann heute schon die Devise ausgegeben werden: Jede Schule zu einem Stützpunkt der Bewegung machen!

Anknüpfend an der Unterschriftensammlung unter Vorarlberger Ärzten, wo bisher immerhin schon ein Drittel aller Ärzte dieses Bundeslandes unterschrieben hat, sollten ähnliche Initiativen in möglichst vielen Orten und Bundesländern gestartet werden.

Dies sind nur einige Beispiele und Anregungen, wie die Front gegen das AKW-Programm erweitert werden kann.

Am 6./7. Mai tagt die nächste gesamtösterreichische Delegiertenkonferenz der IÖAG. Sie hat die Aufgabe, die Lage der Bewegung zu analysieren und einen Aktionsplan für die nächste Zeit zu entwerfen, zu dem die nächsten wichtigsten Kampfschritte ebenso gehören wie die phantasie- und schwungvolle allseitige Stärkung und Geltendmachung des breitesten Volkswiderstands gegen das AKW-Programm. Ein ganz entscheidendes Instrument für den weiteren Aufbau der Bewegung wird die rasche Weiterentwicklung der Zeitung der IÖAG, „Initiativ", zu einer wirklichen Massenzeitung sein, die in kürzeren Abständen erscheint, auf die Mobilisierung zu den wichtigsten Kampfaktionen berechnet ist, noch viel massenhafter und rascher verkauft wird, die kurzum ein wirklicher Agitator, Propagandist und Organisator der Bewegung ist.

Red.

Meldungen

„Energieforschung und Energiepolitik, Zielsetzung und Aufgaben", heißt die Veranstaltung am Freitag, 28.4., an der Technischen Universität Wien, Gußhausstraße, zu der die Österreichische Hochschülerschaft die bürgerlichen Politiker NRAbg. Steyrer (SPÖ), Sektionschef Grimmberg (Wissenschaftsministerium), Schmidbauer (FPÖ) und einen ÖVP-Vertreter eingeladen hat. Diese politischen Repräsentanten des AKW-Programms der Bourgeoisie muß man bei dieser Gelegenheit zur Rechenschaft ziehen!

Graz: 300 demonstrieren gegen AKW-Politik der Regierung

Am 13.4. marschierten 300 Menschen vom Grazer Hauptbahnhof zum Hauptplatz. „Parlamentsdebatte über AKW ist ein betrügerischer Schmäh" riefen viele immer wieder im Sprechchor, und die Losung „Volksabstimmung" wurde auch in Graz unüberhörbar.

„Für das Gericht zählt nur das Eigentum"

Das Urteil gegen den Aktivisten der Bewegung gegen das AKW-Programm der Bourgeoisie, Stefan Nagy, der wegen Anbringung der Parole „Unsere Gesundheit für euren Profit – AKW nein!" und wegen „sozial nicht adäquaten Verhaltens" zur Höchstgeldstrafe bedingt auf drei Jahre verurteilt worden war, wurde am 13.4. vom Obersten Landesgericht Linz bestätigt. Das Gericht berief sich auf den notwendigen „Schutz des Eigentums", da es „in Mode komme, Eigentum aus Überzeugung zu beschädigen": damit wurde unverhüllt der bürgerliche Klassenstandpunkt zum Ausdruck gebracht. Der Bourgeoisie wird die Verurteilung nicht viel nützen. Im Gerichtssaal wurde die Solidarität mit Stefan Nagy ausgedrückt, indem ein Transparent entrollt wurde: „Einstellung aller Verfahren gegen AKW-Gegner!"

Berichtigung:

In der letzten Nummer des „Klassenkampf" wurden beim Bildbericht über die Demonstration am 9.4. in Wien Fotos vertauscht; statt des Vertreters der Tullnerfelder Bauern war das Bild des Vertreters der Gruppe Vorarlberger Ärzte montiert.

17.PAJ-Tag: Resolution für die Inbetriebnahme Zwentendorfs durchgeboxt

Das Geschehen am Jugendgewerkschaftstag der PAJ macht die Auseinandersetzung um das AKW-Programm heute in der Gewerkschaft deutlich: Der eingebrachte und schriftlich vorliegende Antrag der PAJ NÖ, in dem gefordert wird, daß die zuständigen Stellen alle offenen Fragen prüfen sollen, damit das AKW Zwentendorf baldigst in Betrieb gehen kann, stieß schon am ersten Tag auf einige Ablehnung. Doch erst am zweiten Tag, als die Delegierten das Wort hatten, betrat eine Delegierte aus Oberösterreich sichtlich aufgeregt das Podium, um gegen den NÖ-Antrag zu reden. Zu der Auffassung im NÖ-Antrag „man kann dieses Milliardenprojekt nicht ungenützt herumstehen lassen", sagte sie, man hätte sich das vorher überlegen müssen. „Können wir das AKW verantworten? Ich glaube Nein!" Sie erhielt längeren Applaus. Eine zweite Sprecherin von der PAJ OÖ: „Das AKW ist nur 20 Jahre in Betrieb und es wird noch viel Geld kosten."

Der Delegierte aus NÖ, der den Antrag unterstützte, meinte dazu nur: „Ich kann nicht verantworten, daß Österreich eine Insel mit Petroleum und Kerzenlicht wird", und „bei einem Unfall in einem AKW an der Grenze sind wir auch nicht neutral".

Die nächsten Redner sprachen sich unter anderem dafür aus, die Debatte AKW ja oder nein an der Basis verstärkt aufzunehmen. Ein Delegierter unter Applaus: „Es ist nicht in unserem Sinn, das Problem und eine Stellungnahme zu AKW an den neugewählten Bundesjugendvorstand zu delegieren. Die Debatte und Meinungsbildung muß an der Basis stattfinden."

Der Vorschlag des jetzt ausgeschiedenen PAJ-Sekretärs Baumgartner, im Gegensatz zur mehrheitlichen Meinung der Delegierten, die Diskussion um AKW verstärkt an der Basis anzugehen, lautete: Annahme der Resolution PAJ NÖ für die baldigste Inbetriebnahme von Zwentendorf und Beauftragung des BJV, sich mit der Frage zu befassen.

Daß dieser Antrag und ein weiterer Initiativantrag mit dem selben Inhalt letztlich von der überwiegenden Mehrheit beschlossen wurde, wirft kein klares Licht auf den Stand der AKW-Debatte in der PAJ, wohl aber auf die Vorgangsweise von Funktionären, wie Baumgartner, sich über die Meinung der Delegierten hinwegzusetzen, an die 60 Anträge und 2 Resolutionen in einer knappen Stunde abstimmen zu lassen. Daß die dennoch 20 Gegenstimmen gegen den Antrag nicht gezählt wurden, rundet das Bild nur ab.

Eritrea führt den Volkskrieg gegen die russische Aggression

Die UDSSR werde weiter „aktiv in Afrika und anderswo" eingreifen, erklärte Außenminister Gromyko am 19.April beim Treffen mit dem kubanischen Außenminister. Die kubanischen Söldner werden unter sowjetischem Oberkommando gegenwärtig an der äthiopisch—eritreanischen Grenze zusammengezogen. Mitte April ist dort ebenfalls mit der Zusammenziehung von Panzereinheiten begonnen worden. Das ganze Monat hindurch haben die Kubaner die Städte Agordat und Mandafara zu Luft angegriffen. Agordat ist die wichtigste Stadt der Verbindungsstraße der Hauptstadt Asmara zur sudanesischen Grenze, beide Städte unter Kontrolle der Befreiungsbewegungen.



Eritreanische Befreiungskämpfer

Gründlich bereiten die russischen Oberkommandierenden den Krieg gegen Eritrea vor. Sie sind zum ersten Mal mit einem Gegner konfrontiert, der konsequent gegen sie den Volkskrieg führen wird. Deshalb versuchen sie auch ihn von seinem „Hinterland" abzuschneiden. Mehrmals wurden letzte Woche ernste Grenzverletzungen des Sudan gemeldet. Tatsächlich unterstützt der Sudan den gerechten Kampf des eritreanischen Volkes — aber seine Kraft bezieht das Volk und der Volkskrieg nicht von außen.

Eritrea ist vor 26 Jahren auf Betreiben des US-Imperialismus von Äthiopien annektiert worden. Die 1.000 km lange Küste Eritreas zum Roten Meer ist es, was damals den US-Imperialismus, heute den sowjetischen Sozialimperialismus zur Unterwerfung des Landes treibt.

Der eritreanische Befreiungskampf dauert nun das 17.Jahr. Die Befreiungsbewegungen ELF und EPLF kontrollieren 90 Prozent des Landes, 95 Prozent der Bevölkerung leben in den befreiten Gebieten.

Ertirea ist mit seinen 120.000 Quadratkilometern eineinhalb mal so groß wie Österreich. Es zerfällt geographisch in zwei Hauptteile:
In das flache Land im Südosten, sowie in das ausgedehnte Hochland im westlichen Landesteil.

Der Großteil des Landes, etwa 70 Prozent, ist Grasland und natürliches Weideland. Bloß ein knappes Siebentel ist Wüste. Ganz natürlich hat sich die nomadische Viehzucht herausgebildet. Den Fortschritt gehemmt hat die Kolonisation, die das Land, wo es am fruchtbarsten war, aussaugte, und den übrigen Teil verkommen ließ. Vor allem im zentralen Hochland mit seinen fruchtbaren Tälern findet sich ausgedehnte landwirtschaftliche Produktion, insbesonders Anbau von Getreide, Baumwolle, Bananen, Tabak und Gemüse. An der Küste gibt es vor allem Fischfang.

Über weite Strecken ist der Umfang der in Eritrea lagernden Bodenschätzen (Gold, Erdöl, Kupfer) noch nicht bekannt und erforscht. Landessprachen sind heute Tigrina und Arabisch, was die Zugehörigkeit sowohl zum afrikanischen Kontinent sowie zur arabischen Nation ausdrückt.

Die heutige günstige militärische Lage der Befreiungsbewegungen geht zurück auf die Einbeziehung aller patriotischen Kräfte in die Revolution. Die Befreiungsbewegungen haben mit der Schaffung von befreiten Gebieten das Leben der Massen, die Wirtschaft und den Überbau revolutioniert. Plantagen in ausländischem Besitz, wie etwa die 8.700 Hektar große Ali-Ghidir, wurden enteignet und von den Volksorganen übernommen. Gleichzeitig wurde der Mindestlohn um 75 Prozent hinaufgesetzt. Nicht nur in Ali-Ghidir, überall in befreiten Gebieten, werden die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen kollektiv unter Führung des Revolutionskomitees gelöst. Für Nahrungsmittel sind Preise festgelegt, die kleinen Produzenten erhalten die benötigte Unterstützung an Material. Die landwirtschaftliche Produktion wird an die erste Stelle gesetzt. Die urbargemachte Fläche konnte 1977 erhöht werden. Die Bombenangriffe hemmen natürlich den Wirtschaftsaufbau. In einigen Teilen des befreiten Gebietes ist es nachwievor so, daß mit Einbruch der Dunkelheit die Schule beginnt, die Massen sich im Hospital einfinden und der Boden bearbeitet wird. So ist es gegenwärtig zum Beispiel in Agordat.

In den letzten Monaten ging kein einziges befreites Gebiet verloren. Ganz im Gegenteil hat sich die Lage der wenigen Städte, die noch vom Feind kontrolliert werden, verschlechtert. In Massawa gab es mit Unterstützung sowjetischer Beschießung zu Wasser einige Ausbruchsversuche in den letzten Wochen, die allesamt gescheitert sind. Die Befreiungskämpfer haben den Belagerungsring enger ziehen können. Die Volksbefreiungsstreitkräfte spielen eine zentrale Rolle.

Neben ihren militärischen Aufgaben betreuen sie die Einheiten der Volksmilizen, die es in jedem Dorf gibt. Innerhalb der Armee ist das Analphabetentum schon sehr weit zurückgedrängt. Sie stellen neben den Studenten und Lehrern ein bedeutendes Kontingent der Lehrerschaft.

Die eritreanischen Kämpfer haben die Leitlinie: Vernichtet den Feind mit den eigenen Gewehren! Der Anteil der erbeuteten Waffen an der Waffenausrüstung der Revolutionsstreitkräfte macht nach ihren Berichten gut die Hälfte aus. Diese erbeuteten schließlich auch russische und ostdeutsche Panzer, Panzerwagen.

Im langjährigen Befreiungskampf hat das eritreanische Volk seine Geschicke selbst in die Hand genommen. Es hat die Erfahrung gemacht, daß es wenn es einig und bewaffnet ist, stark ist. Deshalb haben die beiden Befreiungsorganisationen auch jüngst wieder ihre Einheit ausgeweitet und verstärkt. Alle Versuche der Sozialimperialisten, zu spalten, sind gescheitert. Nicht nur das, die Befreiungsorganisationen haben auf jedes „Argument" der Aggressoren geantwortet. Die sowjetische Presse faselte von der Weigerung der Eritreaner, zu verhandeln. Die Organisationen antworteten: auf der Basis der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes sind wir bereit zu verhandeln — mit Äthiopien auch über einen gesicherten Zugang zum Meer, garantiert durch ein unabhängiges Eritrea. Nur die ausländische Einmischung verhindert das Beschreiten dieses natürlichen Weges.



„Das Erziehungswesen ist eines der wichtigsten Errungenschaften der Revolution." (EPLF) Die Schulmittel sind gratis. Im vergangenen Jahr haben 30000 die Schule besucht. Im Bild eine Schule, die die Dorfleute gebaut haben

Die russischen Aggressoren verlieren so zusehends vor den Völkern der Welt jede Maske, die sie sich aufsetzen. Zum Vorschein kommt ihr brutales Imperialistengesicht, vor dem sich die Völker empört und kampfbereit abwenden.

Wenn die Sozialimperialisten in dieser Lage den Vorstoß mit den massierten Kräften ins Land wagen und damit das eritreanische Volk noch mehr herausfordern, so werden sie vielleicht einen leichten Vormarsch haben, aber sicher einen schwierigen, vernichtenden Rückzug.

Spendet für die PLO!

Die Arabische Studentenorganisation führt gegenwärtig eine Sammlung von Geldspenden und Medikamenten durch zur Unterstützung der PLO bei der Bekämpfung der Folgen der israelischen Aggression für die Bevölkerung im Südlibanon

Kontonummer: CABV, 20-16 616/00
Kennwort „Südlibanon"

Die sowjetische Kolonialisierung Angolas am Beispiel der Landwirtschaft

Jahrzehntelang hatte das angolanische Volk um die Abschüttelung des portugiesischen Kolonialismus, der vom amerikanischen und westdeutschen Imperialismus gestützt wurde, gekämpft. Am Vorabend des Sieges intensivierten beide Supermächte, die Sowjetunion und die USA, ihre Anstrengungen, Angola für ihre imperialistische Ausbeutung zu erhalten (so die USA) bzw. dafür zu erobern (so die sozialimperialistische Sowjetunion). Die Sowjetunion spaltete die 3 im Land kämpfenden Befreiungsbewegungen, indem sie nur mehr eine Befreiungsbewegung unterstützte und die anderen als reaktionäre Lakaien des US-Imperialismus diffamierte. Unter dem Deckmantel der „selbstlosen Hilfe für die Befreiung Angolas" drängte sie sich ins Land und besetzte es. Gegen das angolanische Volk, das sich gegen die 2. Kolonialisierung, die Kolonialisierung durch den Sozialimperialismus zur Wehr setzte, wurde mit Panzern, Bombardements, Napalm, Gefängnis, Folter und Liquidation ein Niederschlagungsfeldzug eingeleitet, der bis heute anhält und der den Verbrechen des US-Imperialismus in Vietnam in nichts nachsteht.

Die vorerst 5.000 kubanischen Söldnersoldaten wurden im Lauf der Zeit auf ein Heer von 23.000 Soldaten und Experten aus dem Ostblock, also Besatzern aufgestockt.

Die militärische Besetzung des Landes sollte die wirtschaftliche und politische Unterwerfung des Landes absichern gegen die Gegenwehr des Volkes, das ja für ein unabhängiges Angola unter seiner eigenen Herrschaft gekämpft hatte.

Widerstand gab und gibt es in breitem Umfang:

Er richtet sich vor allem gegen die verhaßten kubanischen Söldnertruppen. In den letzten 3 Jahren sollen 8.000 Kubaner von Befreiungskämpfern getötet worden sein. Im Süden und Osten führt die UNITA, im Norden die FNLA den Befreiungskampf gegen die neuen Besatzer weiter. Allein die UNITA kontrolliert nach eigenen Angaben über 50% des Gebietes. In weiten Teilen können sich die Kubaner nur in den Städten verschanzen. Im März wurden verschiedene Aktionen aus allen Teilen des Landes gemeldet, z.B. in Zentral-Cabinda ist es einer kleinen Einheit von Befreiungskämpfern gelungen, eine kubanische Lastwagenkolonne in einen Hinterhalt zu locken und 37 Söldner gefangenzunehmen. Im Norden führen die kubanischen Besatzungstruppen einen grausamen Ausrottungsfeldzug gegen die Bevölkerung, um dem Widerstand die Basis zu entziehen. Auch die ständigen Säuberungen in der MPLA legen ein beredtes Zeugnis vom Widerstand ab.

Die russisch-kubanische Kolonisierung Angolas in der Landwirtschaft

Der Widerstand ist breit, heftig und unbrechbar, weil die neuerliche Versklavung des angolanischen Volkes offen, brutal, mit verheerenden Auswirkungen für das Volk durchgeführt wurde.

Die zweite Kolonialisierung Angolas wurde in allen Bereichen, in Staat, Landwirtschaft, Industrie, Volksbildungswesen gewaltsam durchgesetzt. Allein das Beispiel der Landwirtschaft zeigt, wie die neuen Herren Angolas, die russischen Sozialimperialisten, nicht nur die Errungenschaften des Befreiungskampfes wieder zunichte gemacht haben, sondern das angolanische Volk einer neuen kolonialen Ausplünderung unterworfen haben.

Wie in jedem Land der Dritten Welt ist auch in Angola die Lösung der Bauernfrage von ganz entscheidender Bedeutung bei der Durchführung der neudemokratischen Revolution. „Jedem Pflüger sein Feld" und Bündnis der Millionen kleinen und landlosen Bauern, der Arbeiter unter Führung der Arbeiterklasse, das ist der Weg, den die Völker der Dritten Welt beschreiten müssen, um sich vom Joch des Imperialismus zu befreien. Genau diesen Weg haben das chinesische Volk oder auch das vietnamesische und kambodschanische Volk eingeschlagen.

Während des Befreiungskampfes hatten alle drei Befreiungsbewegungen mehr oder weniger konsequent das Land auf die landlosen und armen Bauern aufgeteilt. Mit der Besetzung durch den Sozialimperialismus stagnierte die Bodenreform und wurde zum Teil wieder rückgängig gemacht. Der freiwillige genossenschaftliche Zusammenschluß wurde durch großangelegte Verstaatlichungen, die auch den kleinen Bauern Land, das ihnen schon zugesprochen worden war, wieder wegnahm, verunmöglicht. So liegt heute viel fruchtbares Land brach, weil die kleinen Bauern — vereinzelt produzierend — ihre Familien nicht erhalten können und sich um andere Arbeit umsehen müssen. Große Teile der Landbevölkerung fristen ihr Leben am Rande des Existenzminimums und viele hungern. Das ist alles die Folge der kolonialistischen Fesseln, die der Sozialimperialismus Angola anlegt:

Die landwirtschaftlichen Produkte, bei denen Angola exportieren konnte (Kaffe, Holz, Fisch und Sisal), wurden an sowjetische Lieferungslisten gebunden und mit Hilfe der sozialimperialistischen Leitwährung, dem „Transferrubel", weit unter dem Weltmarkt angeboten (bei Kaffee um etwa 38% des Weltmarktpreises). Unter diesem Druck wird das Land ausgeplündert, und die angolanische Regierung muß zu Notmaßnahmen greifen, wie es das Anbieten von Kaffee „unter der Hand" auf Londoner Märkten ist.

All das hat sich auf die landwirtschaftliche Produktion und somit auf die Ernährungssituation Angolas verheerend ausgewirkt.

„Seit 1974 sind die Einnahmen aus der Kaffeeproduktion auf rund 30% des damaligen Wertes zurückgegangen; dies trotz der mittlerweile achtfachen Preiserhöhung..... Über die Landwirtschaft generell läßt sich sagen, daß sie derzeit nicht einmal den Bedarf der im Lande befindlichen kubanischen Truppen zu decken vermag. So mußten die Kubaner zwecks Sicherstellung des Proviants auf den Farmen um Luanda eingesetzt werden. Die Nahrungsmittelversorgung der zivilen Bevölkerung ist fast zusammengebrochen. Lediglich der wachsende Substistenzsektor bewahrt die ländliche Bevölkerung vor Hunger." (Neue Zürcher Zeitung, 8.10.77).

Im Frühjahr 1977 beabsichtigte die Sowjetunion, gleich die ganze Kaffeeproduktion Angolas aufzukaufen; ein Teil sollte mit Traktoren abbezahlt und der größere Posten von der Bezahlung der Waffenlieferungen abgezogen werden (Expresso, 4.6.77). Das gelang der Sowjetunion fürs erste einmal nicht. Dagegen ist es ihr jedoch gelungen, mit Angola im März 1977 ein Fischereiabkommen zu schließen, in dem ihr das Recht zugestanden wird, in den angolanischen Hoheitsgewässern zu fischen, was sie bereits 1976 tat. Lediglich 12% des Fangs erhält Angola, das sind etwa 30.000 Tonnen, von denen 20.000 Tonnen als Gefrierfisch geliefert werden sollen. Ab 1978 soll eine gemischte sowjetisch-angolanische Fischereigesellschaft arbeiten." (Nach Africa Research Bulletin/Economic Series, Bd. 13, Nr. 6, Seite 33935)

„Angola, das unter portugiesischer Herrschaft 80.000 Tonnen Fischmehl und 8.000 Tonnen getrockneten Fisch exportierte, muß heute Fisch aus der Sowjetunion importieren, der in seinen eigenen Küstengewässern gefunden wird." (Krieg um Angola, Köln, Vis 1978).

Die Kontrolle über einzelne Abschnitte der angolanischen Landwirtschaft reichen der Sowjetunion natürlich nicht. Im Moment ist eine bulgarische Expertentruppe daran, die angolanische Landwirtschaft insgesamt neu auszurichten. Die Folgen, die dies für Angola zumindest im Bereich der Landwirtschaft haben wird, sind von Bulgarien hinlänglich bekannt: Bulgariens Landwirtschaft wurde auf weite Strecken nur auf Gemüseanbau umgestellt, um die Zulieferung des Comecon mit Gemüse zu gewährleisten.

Wie unverschämt die Sozialimperialisten ihren Status als neue Kolonialherren Angolas feiern, zeigt die Geschichte eines Denkmals auf einem großen Platz der Hauptstadt Luanda: „Das alte Denkmal für die Kolonisatoren (gemeint sind die portugiesischen, Red.) auf einem Platz im Zentrum Luandas wurde abgerissen; an seiner Stelle steht auf dem Sockel ein sowjetischer Schützenpanzerwagen als Sinnbild der internationalen Kampfsolidarität." (Neue Zeit, 41/77, außenpolitische Zeitung der Sowjetunion).



Ein gelungener Angriff der UNITA-Truppen

Das Volk von Zimbabwe verstärkt den bewaffneten Befreiungskampf

Hinter den 'Friedensbemühungen': Interventionsvorbereitung

Die Imperialisten reden viel in der letzten Zeit über den Frieden in Zimbabwe, der gesichert werden muß, und der drohenden Gefahr eines Bürgerkrieges. Je lauter sie nach Frieden schreien, desto intensiver bereiten sie den Krieg vor - das lehrt die Geschichte. Tatsächlich können die USA, England und die anderen westlichen Imperialisten heute nur mehr auf die gewaltsame Zerschlagung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe durch eine bewaffnete Intervention setzen, um ihre Interessen in Zimbabwe noch eine zeitlang zu schützen. Die militärische Zerschlagung des Befreiungskampfes durch die Truppen der weißen Siedler hat sich schon lange als unmöglich herausgestellt; bei der politischen Zerschlagung durch Verwirrung und Spaltung sind sie keinen Schritt weitergekommen. Die Beteiligung einiger schwarzer Marionetten an der Regierung hat die Kolonialherrschaft international und bei den Volksmassen Zimbabwes um keinen Deut aufgewertet. Sie dient den Imperialisten zur notdürftigen Aufrechterhaltung der Unterdrückung des Volkes und als Interventionsvorwand. Muzorewa hat sich schon bereit erklärt, zum Krieg gegen die Befreiungskämpfer aufzurufen. Anfang April beschloß der „Exekutivrat" — gebildet aus dem Siedlerhäuptling Smith und den schwarzen Marionetten Muzorewa, Sithole und Chirau - die Bildung von „Freizonen" entlang den Grenzen, die „Aufnahmegebiete für rückkehrwillige Guerillas" darstellen sollen - ein anderer Name für die alte Praxis, das afrikanische Volk in sogenannte „geschützte Dörfer" einzusperren, um die Freiheitskämpfer zu isolieren.



In den von den bewaffneten Streitkräften befreiten Gebieten beginnen die Volksmassen Zimbabwes die Reorganisation der Landwirtschaft.

Sie haben keine Chance, damit durchzukommen, denn die Befreiungsstreitkräfte der ZANU, die ZANLA, kontrollieren bereits zwei Drittel des Landes und dort beginnen die Volksmassen bereits mit dem Aufbau der eigenen Verwaltung, der Organisierung der landwirtschaftlichen Produktion und der Errichtung eines eigenen Schulwesens. Der Befreiungskampf unter Führung der Patriotischen Front kommt gut voran. In einem Kommuniqué der Patriotischen Front Ende März wird bekanntgegeben, daß von Oktober 77 bis Jänner 78 380 feindliche Soldaten getötet worden konnten, in verschiedenen Zonen einige Flugzeuge abgeschossen, strategisch wichtige Brücken und Stützpunkte zerstört wurden. Als Antwort auf die sogenannte „innere Lösung" wurde Ende März eine militärische Offensive im Osten des Landes eingeleitet; im Südosten führten die Streitkräfte der Patriotischen Front einen der heftigsten Angriffe der letzten fünf Jahre durch und verbreiteten Flugblätter. Im Nordosten wurde eine neue Front eröffnet.

Entgegen allen Versuchen der westlichen Imperialisten, die Frontstaaten mit wirtschaftlicher Erpressung und Druck für die Durchsetzung einer neokolonialen Lösung zu gewinnen, ist die Unterstützung der Frontstaaten für den bewaffneten Kampf und die Patriotische Front als Führerin des Volkes von Zimbabwe noch entschlossener geworden. Ende März trafen sich die Präsidenten der Frontstaaten mit Mugabe und Nkomo, den Führern der Patriotischen Front. Im gemeinsamen Kommunique heißt es: „Die gegenwärtigen Umstände erfordern eine Verstärkung des bewaffneten Kampfes für die Befreiung Zimbabwes". Dafür sagten die Frontstaaten auch verstärkte militärische Unterstützung zu.



Ein Kommandeur der ZANLA-Streitkräfte erklärt eine siegreiche Operation, in der ein feindlicher Lastwagen zerstört wurde und eine Anzahl von Waffen dem Feind abgenommen werden konnte.

Mit immer neuen Verhandlungsvorschlägen versuchen die US-Imperialismus und mit ihm die britischen Imperialisten die Patriotische Front zur Annahme des amerikanisch-britischen Plans zu erpressen, der auf die Fortsetzung der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung gerichtet ist, oder wenigstens Nkomo abzuspalten. Dem dient auch das Angebot Smiths, daß Nkomo ungehindert einreisen könne. Der neueste Verhandlungshit der amerikanischen und britischen Imperialisten - alle beteiligten Parteien sollten sich auf Basis ihres Plans zusammensetzen - wurde von niemandem mehr als Möglichkeit ernstgenommen. Trotzdem reisten die Außerminister Vance und Owen nach Daressalaam zu einem Treffen mit den Führern der Patriotischen Front. Englische Zeitungen verbreiteten zur Einschüchterung Gerüchte, die Patriotische Front akzeptieren UN-Truppen und den britischen Hochkommissar. Sie drohten, das sei der „nun wirklich allerletzte Versuch" (Neue Zürcher Zeitung, 16.4.) Sie bezeichneten offen die Abspaltung Nkomos zu ihrem erklärten Ziel. Erreicht haben sie nichts. Dafür stattete kurz danach mit Vance das erste Mal ein US-Staatssekretär dem rhodesischen Siedlerregime einen Besuch ab. Schon vor der Reise Vance's zu den Verhandlungen drohte die amerikanische Zeitung „International Herald Tribune": „Zu dieser Zeit, anders als nach Malta, dürfen ihm die Ereignisse nicht wieder aus den Händen gleiten. ... Die Entscheidungen müssen in den nächsten sechs bis neun Monaten fallen." Nach der abermaligen deutlichen Abfuhr, die die Patriotische Front geschlossen den Plänen der Imperialisten erteilte, werden die Pläne für die bewaffnete Intervention schon offen diskutiert.

Auch das österreichische Kapitalistenblatt „Die Presse" trägt ihr Scherflein dazu bei: „Für die Vereinigten Staaten dürfte es jetzt nur mehr eine Entscheidung geben: Die Teilnehmer an der „internen Lösung" zu freien Wahlen zu zwingen, bei der die Abseitsstehenden eine faire Chance haben, dann ohne Rücksicht auf äußere Pressionen das Ergebnis dieser Wahlen anerkennen, ob nun die Patriotische Front die Chance genutzt hat oder nicht." (17.4.) Anerkennung im Sinn von 'bewaffnetem Schutz einer gewählten Regierung' versteht sich. -

Auch die andere Supermacht, die Sowjetunion, droht immer mehr mit Intervention. Weil ihre Taktik, verschiedene Teile der Nationalen Befreiungsbewegung gegeneinander auszuspielen, bisher nicht gegriffen hat, muß sie offen ihr „Recht auf Einmischung" geltend machen: Die 'Neue Zeit', außenpolitische Zeitschrift der neuen Zaren, droht in der Nr. 5/78, daß die gegenwärtigen Vorgänge in Afrika es zu einem „Konfrontationsobjekt zwischen West und Ost machen können". In einem Artikel über die „innere Lösung" heißt es: „Wozu kann das alles führen? Lediglich zu einer Zuspitzung im Süden Afrikas und zu schwersten Folgen für den Frieden und die Sicherheit in diesem Raum." (April 78). Und daß dies als Vorwand für das Eingreifen der russischen Sozialimperialisten ausreicht, war im Februar nochmals vom außenpolitischen Einpeitscher der KPdSU, Ponomariow, klargestellt worden: „Deshalb sind unser Land und die ganze sozialistische Gemeinschaft gezwungen, die erforderlichen Maßnahmen zur Festigung der eigenen Sicherheit, zur Gewährleistung friedlicher Lebensbedingungen für alle Völker zu ergreifen." („Zur internationalen Bedeutung der neuen Verfassung der UdSSR", Probleme des Friedens und des Sozialismus 2/78).

Das Volk von Zimbabwe und die ZANU aber haben immer wieder klargestellt: „Wir sind unsere eigenen Befreier."

Die georgischen Massen kämpfen gegen die Russifizierung

Am 14. April haben in der georgischen Hauptstadt Tiflis große Massenkundgebungen stattgefunden. Sie richteten sich gegen den Entwurf der neuen georgischen Verfassung, in dem das Georgische nicht mehr als Staatssprache vorgesehen ist.

Die herrschende Klasse in der UdSSR, ihrem Wesen nach großrussisch-chauvinistisch, ist gezwungen, den nichtrussischen Nationalitäten den Kampf anzusagen. Sie hat sich die Reichtümer dieser Nationen angeeignet, beutet deren Arbeiterklasse aus und strebt danach, um jeden Preis eine eigenständige soziale und politische Entwicklung dieser Nationen zu verhindern.

Der Entwurf der Verfassung für die georgische Unionsrepublik sieht nur mehr „die Möglichkeit", Georgisch im öffentlichen Leben zu verwenden, vor, während es bisher geheißen hatte: „Die Amtssprache in der Republik ist Georgisch." Die scharfe Russifizierungspolitik, die sich hinter den Änderungen einiger Sätze in der Verfassung verbirgt, kann man an der Abnahme der Publikation in der georgischen Sprache, an der Besetzung wichtiger Staatsämter und Betriebsleitungen mit Russen und vor allem an der Hetze gegen die „antiquierte" Sprache und Kultur der Georgier ersehen. Nach sowjetischen Statistiken ist die Zahl der Bücher in georgischer Sprache von 1965 an sowohl absolut als auch relativ gesunken. Die neuen Zaren wollen Georgien im Rahmen der „Sozialistischen Integration" in ein Agrarland verwandeln, in dem nur einige wenige, aber hochkonzentrierte, Industriezweige existieren, die fest in den Händen der großrussischen Gesellschaften sind. Georgien als Kolonie, Moskau als Zentrum, das brachte auch der georgische Parteisekretär am 25. Parteitag zum Ausdruck: „Für uns Georgier geht die Sonne nicht im Osten auf, sondern im Norden, in Rußland." Kein Wunder, daß — nach Berichten Moskauer Journalisten — die Massen, als sie bei ihrer Demonstration das Parteigebäude belagerten, demselben Parteisekretär auf seine Frage, „Was macht ihr da, meine Kinder", antworteten: „Wir sind nicht deine Kinder!"

Nach Berichten westlicher Zeitungen beteiligten sich bis zu 50.000 Menschen an der Massenbewegung der vergangenen Woche. In den letzten zwei Jahren wurden eine Reihe von Bombenanschlägen auf Staatseinrichtungen und Kulturinstitutionen, die den großrussischen Chauvinismus verkörpern, verübt. Die Furcht der Unterdrücker vor den unterdrückten Massen zeigte sich vor 6 Jahren in der Anordnung dieses Parteisekretärs, Schewardnase, daß alle Georgier ihre traditionellen Krummsäbel und Feuerwaffen abliefern müssen.

Die jüngsten Massenaktionen waren insoweit erfolgreich, als die Bestimmungen der Unionsverfassung nicht in der georgischen Verfassung konkretisiert werden können. Zugleich wurden die Forderungen der Massen nach der Freilassung einer Reihe verhafteter Freiheitskämpfer nicht erfüllt. Das georgische Volk wird den aufgenommenen Kampf weiterführen, es stützt sich auf seine jahrzehntelangen Erfahrungen in der revolutionären Arbeiterbewegung. Die georgische Arbeiterbewegung hat Stalin hervorgebracht, dessen hohes Ansehen ein Ansporn für den Kampf ist.

21. August 1968: Sozialimperialistischer Überfall auf die CSSR

In drei Monaten werden es zehn Jahre sein, daß die russischen Sozialimperialisten mit einer riesigen Invasionsarmee die tschechoslowakischen Grenzen überschritten und das Land besetzten.

Vorangegangen war der bewaffneten Intervention ein tiefgreifender Wandlungsprozeß. Der Farbwechsel der Sowjetunion von einem sozialistischen Land zu einer imperialistischen Großmacht hatte seine Auswirkungen auf die CSSR ebenso wie auf viele andere osteuropäische Länder. Die KPC, einst Führerin der tschechoslowakischen Arbeiterklasse in zahlreichen revolutionären Kämpfen, entwickelte sich immer mehr zu einer bürgerlichen, konterrevolutionären Partei.

Aber die diktatorische Vormundschaft und Fremdherrschaft wurde immer drückender und der Widerstand dagegen wuchs an. Er fand seinen Ausdruck vor allem in der ersten Hälfte des Jahres 1968, wo nach einem Führungswechsel in der KPC die Selbständigkeitsbestrebungen im ganzen Land rasant zunahmen.

Selbständigkeitsbestrebungen unterschiedlicher Art: Da gab es die Interessen der neuen Bourgeoisie, die sich in „Reformprogrammen" der KPC niederschlugen. Sie trugen dem bereits weit fortgeschrittenen Restaurationsprozeß in der CSSR Rechnung und propagierten unter der Parole „von Unternehmungen der Planerfüllung zu Unternehmungen eines wirklichen Unternehmertums" offen die „freie" kapitalistische Marktwirtschaft - und sie forderten zugleich eine gewisse Lockerung der die Entwicklung des nationalen Kapitalismus hemmenden Unterordnung der CSSR unter den sowjetischen Staatsmonopolkapitalismus. Gleichzeitig entwickelte sich unter den Volksmassen und in den Fabriken eine immer breiter werdende Debatte über den Weg zur Abschüttelung der extremen Abhängigkeit von der UdSSR. Genauso aber umfaßte diese Debatte den Kampf gegen die Liquidierung der sozialen Errungenschaften und der politischen Rechte, die sich das Volk in der volksdemokratischen Revolution erkämpft hatte. In der Gewerkschaftsbewegung gewann die Frage des Streikrechts immer mehr an Bedeutung.

Für die sowjetischen Sozialimperialisten wurde diese Entwicklung zu einer immer größeren Gefahr. Ein Loslösungsprozeß der CSSR aus dem Einflußgebiet der Sowjetunion hätte nicht nur eine empfindliche Schwächung im Kampf mit dem US-Imperialismus bedeutet, sie hätte auch alle anderen unter der Knute des Sozialimperialismus stöhnenden Länder Osteuropas ermuntert, diesem Beispiel zu folgen.

Dieser Entwicklung versuchten die Sozialimperialisten durch verschiedene Druckmittel entgegenzuwirken:

+ Anfang Juni änderte die sowjetische Führung ohne Absprache den Plan eines bereits angesetzten Warschauer-Pakt-Manövers und entsandte 30.000 Soldaten auf tschechoslowakisches Gebiet. Obwohl die Manöver nur bis 20. Juni dauerten, verblieben die Truppen bis 3. August in der CSSR.

+ Anfang Juli veröffentlichte die KPdSU gemeinsam mit vier anderen osteuropäischen Parteien (DDR, Ungarn, Bulgarien, Polen) einen offenen Brief an die KPC, in dem neben einer Reihe von Forderungen auch offene Drohungen ausgesprochen wurden. Dieser Brief wurde vom ZK der KPC zurückgewiesen.

+ Von 29. Juli bis 3. August fanden im tschechoslowakischen Grenzort Cierna Verhandlungen zwischen der KPC und der KPdSU statt, die Breschnew mit der unmißverständlichen Drohung schloß: „Solltet ihr uns noch einmal enttäuschen, dann werden wir dies als Verbrechen und Verrat ansehen und dementsprechend handeln."

Als alle Drohungen und Erpressungsversuche nichts fruchteten, griffen die russischen Sozialimperialisten zur bewaffneten Intervention.

In der Nacht vom 20. auf den 21. August fielen die Truppen der Sowjetunion und vier anderer Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR ein.

Sie besetzten alle wichtigen strategischen Einrichtungen, Partei- und Regierungsgebäude, Rundfunk- und Fernsehstationen, nahmen Verhaftungen vor, ermordeten zahlreiche Menschen, die Widerstand leisteten und verschleppten sechs Mitglieder der tschechoslowakischen Parteiführung nach Moskau. Zur gleichen Zeit veröffentlichte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS einen Brief „führender Partei- und Staatsfunktionäre der Tschechoslowakei", in dem die Sowjetunion „zur Entsendung von Truppen aufgefordert" wird - dieser Brief trug freilich keine einzige Unterschrift!

Der Einmarsch der Interventionstruppen traf die tschechoslowakische Bevölkerung unvorbereitet. Nichts zeigt den bürgerlichen Kapitulantencharakter der Führung des „Prager Frühlings" deutlicher als die Unvorbereitetheit, mit der die tschechoslowakische Bevölkerung den bis auf die Zähne bewaffneten Aggressoren gegenüberstand. Die Parteiführung rief die Bevölkerung auf, keinen gewaltsamen Widerstand zu leisten, weder Armee, noch Sicherheitsdienst und Volksmiliz hatten den Befehl zur Verteidigung des Landes erhalten. Sie unterschrieb schließlich nach wenigen Tagen in Moskau ein Abkommen, in dem sie sich unter anderem verpflichtete, durch „unerläßliche Umbesetzungen" in allen wichtigen Gremien von Partei und Staat den Russen genehme Personen einzusetzen.

Ab dem 21. August entfaltete sich spontan ein äußerst breiter Widerstand der Volksmassen. Die geschlossene Front der Ablehnung gegen die Invasion entlarvte in der Weltöffentlichkeit den imperialistischen Charakter des Einmarsches.



Vor dem Rundfunkgebäude wird ein russischer Panzer in Brand gesteckt.

Am 22. und 23. August fand in Prag jeweils ein einstündiger Generalstreik statt, während dessen sich die Massen am Wenzelsplatz versammelten. Sie gingen in den ersten Tagen mit bloßen Händen und Steinen gegen die russischen Panzer vor, teilweise gelang es ihnen, mit einfachsten Mitteln, wie Molotow-Cocktails und ölgetränkten Lappen, Panzer in Brand zu stecken. An einigen Punkten Prags wurden Barrikaden errichtet, so etwa zur Verteidigung des zentralen Rundfunkgebäudes, das den Besatzern erst nach einiger Zeit in die Hände fiel. Trotzdem wurde der Widerstand über Wochen durch illegale Sender unterstützt und organisiert, ohne daß die Besatzer etwas dagegen tun konnten. So machte z.B. ein illegaler Sender bekannt, daß sich ein Zug mit technischen Mitteln zur Aufspürung von illegalen Sendern in Richtung Prag bewege und forderte die Eisenbahnarbeiter auf, ihn mit allen Mitteln aufzuhalten — der Zug blieb mehrere Tage auf der Strecke. Im ganzen Land wurden bis Ende August illegale Zeitungen und Flugblätter verbreitet, die die Aggression anprangerten und zum Widerstand aufriefen.

Trotzdem gelang es den russischen Besatzern, gemeinsam mit einer Handvoll Kollaborateuren, nach einigen Wochen den offenen Widerstand einzudämmen. Dies liegt daran, daß diesem Widerstand auf Grund der revisionistischen Entartung der KPC eine revolutionäre Führung fehlte.

Heute stehen in der CSSR noch immer die Truppen der neuen Zaren. An die 75.000 sowjetische Soldaten, 1.500 Panzer und mehr als 200 Flugzeuge, die dort stationiert sind, dienen der Unterjochung des tschechoslowakischen Volkes ebenso wie den Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion gegenüber Westeuropa. In den zehn Jahren der Besetzung hat in der CSSR der Haß auf die russischen Invasoren keineswegs nachgelassen. Im Zuge des Aufschwungs der Kämpfe der osteuropäischen Völker gegen die Herrschaft der neuen Zaren wird auch das tschechoslowakische Volk aufstehen und die fremden Besatzer und deren einheimische Marionetten vertreiben.



Jugendliche unterwegs zur Großkundgebung am Prager Wenzelsplatz